

# Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von B. Pfanter & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnr. Anichlisse: Für Inserate Nr. 6265, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Nr. 110. — Verkaufspreis: Vom 18. bis 31. August 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gehaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Breitengalender 30 Pfennig, die dreizehnlängere 30 Millimeter breite Reklamazeile brüchig 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Ein Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4.20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzverdrängung keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 199.

Magdeburg, Donnerstag den 27. August 1925.

36. Jahrgang

## Billige Worte und hohe Preise.

Ein armer Schreiner im Riesengebirge besaß außer seinem Häuschen, Handwerkszeug, etwas Holz, einer Frau und vielen Kindern nichts als eine Ziege, für die er Futter an den Wehrändern mühsam zusammensuchen mußte. In einem Winter nach einem sehr trocknen Sommer hatte der arme Schreiner bald keinen Palm mehr für seine Ziege. Das Vieh blökt vor Hunger, die Kinder weinen, die Eltern sind verzweifelt. Galbitterer Volkshumor läßt den Schreiner der Ziege Gobelspane in die Futtertrippe schütten und ihr eine Brille mit grünen Gläsern aufsetzen, die ihr die Gobelspane als frisches Gras erscheinen lassen soll.

Die Reichsregierung verfährt mit den Konsumenten wie der Schreiner mit der Ziege im Vertrauen auf die nationale schwarzweißrote Brille, die ein großer Teil des deutschen Volkes mit Begeisterung seit Jahr und Tag trägt. Sie schüttete ihm Hölle und neue Verbrauchssteuern vor und präsentiert ihm das Ganze als eine Preisverbilligungssaktion.

Man weiß nicht recht, soll man lachen oder heulen, wenn man die offiziellen Berichte über die Beratungen des Reichskabinetts liest, das sich mit der Preisverbilligungssaktion beschäftigt. Am Dienstag saßen die beteiligten Ressortchefs beisammen und verkündeten, daß Beschlüsse nicht gefaßt würden. So beschränkt sich die ganze Aktion, die sich die Regierung unbegreiflicherweise nicht noch wie ein Signal „Das Ganze halt!“ in der Preissteigerung vorstellt, auf einen Appell an Erzeuger und Händler, in der Preisüberhebung Maß zu halten. Währenddessen steigen natürlich die Preise weiter.

Im einzelnen scheint man sich am Dienstag mit folgenden Fragen beschäftigt zu haben: Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer in der Preisstellung zum Ausdruck kommt. Bis jetzt hat sich die Regierung von den großen Verbänden nur das Versprechen geben lassen, die Veränderung der Umsatzsteuer bei der Preisstellung zu berücksichtigen. Vom Versprechen bis zum Halten ist aber bei unseren Unternehmern und Händlerverbänden ein sehr weiter Weg.

Weiter hat man sich in der Kabinettsitzung mit der Frage beschäftigt, wie eine volle Auslöschung der beschlossenen Zölle verhütet werden kann. Angesichts der anziehenden Preise, besonders auf dem Fleischmarkt, scheint die Regierung Angst vor ihrer Zollcouverture zu bekommen und einzusehen, daß gegen die Auswirkung des Zollwahnsinns etwas unternommen werden muß. Das ist nun so mehr der Fall, weil der gegenwärtige Zolltarif in kürzester Zeit in Kraft tritt und nicht, wie bei der letzten Zollreform, wo zwischen Annahme und Inkrafttreten der Zölle ein Zeitraum von fast 4 Jahren mit einer Fülle von Handelsverträgen lag, durch Vertragszölle abgeschwächt wird. Die Frage ist nun die, wie die Regierung die volle Auslöschung der autonomen Zölle verhindern will. Allgemein hat man den Eindruck, daß sie dem Problem völlig ratlos gegenübersteht. Besonders scheint das Reichsernährungsministerium nur nebelhafte Vorstellungen davon zu haben, was jetzt im kritischen Moment getan werden muß, wenn es ihm überhaupt mit einer Aktion gegen die volle Auswirkung des autonomen Zolles Ernst ist.

Referenten des Reichswirtschaftsministeriums denken daran, die Kartellverordnung, die seit dem Herbst 1923 ein Mauerblümchendasein führt, härter anzuwenden. In Frage kommen die Paragraphen 4, 5 und 10 der Kartellverordnung. Auf Grund dieser Paragraphen ist es dem Reichswirtschaftsministerium möglich, die Nichtigkeit von Kartellen oder die Nichtigkeit eines bestimmten Kartellbeschlusses feststellen zu lassen oder von sich aus auszusprechen. Weiter hat das Ministerium das Recht, ein Kartell zu verpflichten, alle seine Maßnahmen vor Inkrafttreten dem Ministerium zur Billigung vorzulegen. Das Ministerium kann auch die Umgehung eines Kartellverbots, wie sie heute gang und gäbe ist, unmöglich machen und auf Grund bestimmter Klauseln in den Kartellverträgen das Bündigungsrecht eines Vertrags zwischen Käufer und Verkäufer aussprechen. Diese Bestimmungen der Kartellverordnung dürfen ohne Zweifel den Kampf gegen eine Menge von Inflationsklauseln, u. a. gegen die Devisen- und Reparationsklausel und die Gegenseitigkeits- bzw. Ausschließlichkeitsklausel ermöglichen.

Damit wird aber eigentlich nichts Neues geschaffen. Die Regierung hatte schon seit Jahren die Möglichkeit, von diesen Bestimmungen Gebrauch zu machen. Sie tat es nicht, und

wir bezweifeln, daß die gegenwärtige Regierung den Kampf gegen das Kartellwesen wirklich aufnehmen wird. Außerdem darf angesichts der kritischen Lage in der Preisbildung nicht vergessen werden, daß es sich bei all diesen Maßnahmen um Wechsel auf längere Sicht handelt. Praktische Ergebnisse im Kampfe gegen die Teuerung werden damit nicht sofort erreicht werden. Das gleiche gilt von dem Plane, die Großhandels- und Kleinhandelspreise periodisch zu veröffentlichen. Damit erleichtert man allerdings eine Käuferkontrolle. Unbedingt wirksame Mittel, die Preise sofort zu senken, werden damit aber nicht in die Hand gegeben.

Soweit die Regierung am Dienstag ihre Pläne der Presse bekanntgegeben hat, muß festgestellt werden, daß der Berg gekreicht und noch nicht mal ein Mäuschen geboren hat. Die Bevölkerung, die unter der ungeheuren Teuerung leidet, will jetzt endlich wissen, wie die Güterzirkulation verbilligt und vereinfacht wird, wie Gefrierfleischkontingente in den Dienst der Fleischverbilligung eingestellt werden. Sie will Erfolge sehen.

Billige Worte hat die Regierung im Ueberfluß. Gutes Zureden wird die Preise nicht drücken, sowenig wie eine grüne Brille Gobelspane in Gras verwandeln kann und hohe Zölle Waren billiger machen.

Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten bleibt nur der Weg des Ungleichens der Löhne an die Preise.

### Von der Besatzung erlöst.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Die Räumung des Sanktionsgebiets von Düsseldorf und Duisburg bedeutet als Einlösung eines dem verständigungsberreiten Deutschland gegebenen Versprechens einen moralischen Sieg der Republik. Noch wenige Tage vor dem Abzug der Franzosen und Belgier konnte man in „internationalen“ Kreisen mit bangem Hoffen Zweifel über den endgültigen Vollzug des Rückmarschbefehls aussprechen hören. Wenn man auch die zurückhaltende und beherrschte Haltung der Besatzungsgruppen gerade in der allerletzten Zeit anerkennen muß — als eine Folge der politischen Neuorientierung Frankreichs vom 11. Mai v. J. —, so ist eben doch ein okkupiertes Land kein freies Land und Kriegsgesichte, Truppenpolizei, und militärische Verwaltungsmethoden sind wohl nirgends geeignet, den Arbeitsfrieden und die Schaffensfreude zu erhöhen, besonders in einem ausgepowerten und seelisch niedergedrückten Lande.

Die Besatzung von Duisburg und Düsseldorf betrug zunächst wenige tausend Mann. Mit der zum Ruhrkrieg führenden zunehmenden Spannung wurde sie schließlich auf 20 000 bis 30 000 Mann erhöht. Die Stadtverwaltungen hatten keine leichte Aufgabe mit der Unterbringung solcher Truppenmassen auf engem Raum. Anfang 1925 waren z. B. in Düsseldorf noch besetzt: 7 Kasernen, 20 Schulen, 12 Turnhallen, 11 Fabriken und eine große Zahl von Gebäuden der städtischen und staatlichen Verwaltung. In 3000 Quartieren und 40 Privathäusern, die vom Siebel bis zum Keller abgetreten werden mußten, waren die Offiziere, Unteroffiziere und Verwaltungsbeamten untergebracht. Als sich die Stadt weigerte, eine neue Kaserne zu bauen, wurde als „Sanktion“ die Turhalle, der Zoologische Garten, der Kunstpalast und der größte Teil des Regierungsgebäudes besetzt.

Diese Eingriffe in die Selbstverwaltung der durch Besatzungsgruppen belegten rheinländischen Gemeinden stellen zweifellos den dunkelsten Punkt des ganzen Besatzungsregimes dar. Die Handhabe dazu liefert das Rheinlandabkommen, das im Anschluß an das Londoner Abkommen einiger grundlegender Forderungen bedurft hätte. Dieses Rheinlandabkommen ist seinerzeit abgeschlossen worden unter dem Druck eines übermächtigen Besatzungsheeres mit den Methoden einer Gewaltpolitik, die heutzutage glücklicherweise doch als ein überwundener Standpunkt hinter uns liegt. Dazu besteht das Gremium der Kommission aus einem Franzosen, einem Belgier und einem Engländer, der in allen grundsätzlichen Fragen von seinen beiden Kollegen überstimmt wird. Dawesabkommen und Sicherheitspakt vertragen ein derartiges Instrument, das lediglich auf der Allmacht des „Stadtkommandanten“ basiert, nicht mehr.

Ebenso wäre die Amnestierung der von den Kriegsgerichten in Düsseldorf und Duisburg Verurteilten als ein Akt der Loyalität und des Verständigungswillens von Seiten der Bevölkerung dankbar empfunden worden. Die

Mitnahme dieser Sündenböcke aus der Zeit des Ruhrkampfes und der Inflation durch die Truppenteile zeigt aber wieder einmal, wie die große Geiste der hohen Politik, die über den Abmarsch der Truppen entschied, im stillen sabotiert wird durch den gehässigen Feldwebelgeist der Militärs.

Die Räumung Düsseldorfs bedeutet vor allem den Abbruch eines ehemals wichtigen Vorpostens der französischen nationalistischen Offiziersclique, die von hier aus ganz offen den den „Oberkommissar“ Tirard und die Rheinlandkommission konspirierte. Ludendorff, Tirpitz und Bauer in französischer Uniform am Rhein. Dieselbe Clique, ganz gleich ob sie nun von Osten nach Westen oder von Westen nach Osten über den Rhein hinüberagiert und politisiert! Ihr Werk war die Politik der Keitweitsche und der „gepanzerten Faust“, mit der der Marschall Degoutte den hohen Zivilbeamten der Rheinlandkommission und der Ministerien in Paris, selbst unter Serriots Präsidentschaft noch, die eigentliche Gewalt über das Rheinland entriß — zur höhern Ehre des Haßes zwischen Nationen und der Verewigung ihres Handwerks.

Diese Geispenster sind nun glücklich verfliegen von Düsseldorf, dieser mehrjährigen Zentrale einer französischen Sackpolitik am Rhein. Die deutsche Arbeiterschaft hat allen Grund, sich über das Ende dieser nun glücklich überwundenen Periode am wichtigsten Verkehrspunkt zwischen Ruhr und Rhein zu freuen. Die Proletarier des größten Binnenhafens des Kontinents waren es, bodenständig durch ihre Besitzlosigkeit und ihrer Hände Arbeit, die Opfer in erster Linie zu tragen hatten, die jede militärische Besetzung mit sich bringt. Ihre Opferbereitschaft und ihr stilles Selbentum waren es, die über die mit Undant belohnte Arbeit eines Wirth und Mathenau, über die Herbenprobe einer vernunftgemäßen Verständigungspolitik hinweg den Tag reifen ließen, der ihnen die Freiheit brachte — auf Grund des sieghaften Gedankens vom neuen Völker-Rechte. —

### Femeprozeß und Deffentlichkeit.

Von einem bisherigen völkischen Geheimbündler wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben: Mit dem Schweriner Femeprozeß sind die Verhandlungen gegen die Feme der völkischen Geheimbünde noch nicht beendet. Wir stehen vielmehr kurz vor weiteren Prozessen, die Femetaten der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ aburteilen sollen. Der bedeutendste dieser Prozesse ist das in Landsberg an der Warthe schwebende Verfahren gegen eine größere Anzahl ehemaliger Führer der schwarzen Reichswehr. Nach den Erfahrungen aus dem Schweriner Prozeß ist zu befürchten, daß sich auch dieser Prozeß hinter den Kulissen abspielen wird. Ebenso wie in Schwerin wird man versuchen, den Ausschluß der Deffentlichkeit mit der Gefährdung der Staatssicherheit zu motivieren. Es ist angedrängt, die völlige Abwegigkeit dieses Vorhabens darzutun. Die Fememorde datieren sämtlich aus der Zeit Juni, Juli, August, September 1923. Es handelt sich um die Ermordung der beiden aus Frankfurt an der Oder stammenden Unteroffiziere Gröschke und Brauer, die Ermordung eines Unbekannten in einem Walde bei Bärwalde, die Erschießung des Feldwebels der schwarzen Reichswehr, Abteilung Küstrin, Herrmann, sowie die Leichenfunde in den Wassergräben Küstrins und der Siebelwald und den Küstriner Forts. Die Tatsache der Ermordung — angeblich wegen Verrats — und die Ausführung dieser Mordtaten dürften kaum die Sicherheit des Staates gefährden. Vielmehr würden diese Dinge dazu beitragen, die deutsche Republik, und diese ist doch der Staat, der geschützt werden soll, zu fördern, da eine antilige Darstellung der in den nationalen Kreisen herrschenden Korruption und Mordatmosphäre naturgemäß das betrogene und schlummernde Bürgertum, das seine Kinder immer wieder zu den Landsknechtformationen in die Schule schießt, zur Bestimmung bringen dürfte. Mit Recht wird man also vermuten dürfen, daß — will man nicht annehmen, daß die deutsche Justiz den geheimen friderizianischen Staat der Vaterländischen beschützen wird und will — auch noch andere Dinge in den Prozessen zur Sprache gebracht werden.

Selbstverständlich ist es für eine gerechte und objektive Beurteilung der Mordtaten unerlässlich, daß das Milieu, aus dem heraus gemordet wurde, zur Grundlage der Ver-

handlungen gemacht wird. Dieses ist sicher in Schwerin geschehen und wird auch in Landsberg nötig sein. Andre Femeprozesse — in Rauenburg i. P. und Berlin — werden ebenfalls diese oft sehr interessanten Umstände aufdecken müssen. Es fragt sich nur, ob die Dinge so wichtig und schwerwiegend sind, daß sie einen Ausschluß der Öffentlichkeit bedingen.

Einer der in Landsberg inhaftierten Hauptangeklagten ist der ehemalige Adjutant des aus Rüstlin bekannten Majors a. D. Buchrucker, ein gewisser Oberleutnant a. D. Schulz. Schulz war seinerzeit militärischer Leiter der schwarzen Reichswehr und hat die Verbindung dieser Truppe mit den Behörden aufrechterhalten. Seinen Drohungen wird es zu verdanken sein, wenn der Ausschluß der Öffentlichkeit tatsächlich erfolgen sollte. Er verfügt über ein ausgebreitetes Material, das namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeblich schwer kompromittieren könnte. Um dieses Material bedeutend zu erweitern, wird er die Vernehmung des inhaftierten Majors Buchrucker verlangen. Selbstverständlich handelt er in Übereinstimmung mit den völkischen Verbänden. Schon im September 1923 äußerte er bei einer Besprechung: „Ehe ich drankomme, lasse ich Leute hochgehen, an die in Deutschland kein Mensch denkt.“

Mit der Befamntgabe dieses Materials bezweckt Schulz natürlich nichts als eine mildere Beurteilung. Er wird die „Notwendigkeit“ seiner Feme zu beweisen suchen, indem er die Ermordeten als französische Spigel hinstellt. Eine Behauptung, die auch die Angeklagten in Schwerin für Holz gemacht haben, aber nicht aufrechterhalten konnten. Damit macht er also die Getöteten zu Mitwissern militärischer Geheimnisse, die für die interalliierte Kommission von Interesse sein sollen. Diese „Geheimnisse“ rechtfertigen aber noch lange keinen Ausschluß der Öffentlichkeit, denn sie sind der Gattung — wenn überhaupt vorhanden — längst bekannt. In Schwerin z. B. redet man auf der Straße davon, daß auf der Insel Noel verborgene Waffenlager der Vaterländischen sind, daß die Frontbanner ausreichend bewaffnet seien usw. Wenn das der uninteressierte deutsche Bürger weiß, ist es kindlich anzunehmen, daß die mißtrauliche Entente noch immer nicht davon wüßte. Eine Einmischung der Entente dürfte wesentlich wahrscheinlicher sein, wenn die durch Ausschluß der Öffentlichkeit hervorgerufenen Gerüchte den Weg in die deutsche Presse finden.

Andererseits steht es mit dem Material, das ein Zusammengehen der Reichswehr und der vaterländischen Verbände für das Jahr 1923 betrifft. Hierdurch werden eine Reihe Leute des Reichsministeriums und der Regierung angegriffen. Doch auch dieser Gesichtspunkt rechtfertigt den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht. Gehler selbst hat die Existenz einer schwarzen Reichswehr wiederholt zugegeben, die Tatsache des Rüstliners Putjes hat seine Ausführungen ergänzt. In weiten Kreisen des deutschen Volkes sind diese Dinge mehr als öffentliches Geheimnis; im Schlafzustand gehen weder Vaterländische, Studenten und Kennaler „auf Zeit“ zur Reichswehr, noch sammelt der Landbund Gelder für die schwarze Reichswehr, ohne davon zu reden. Es ist unmöglich, daß diese Dinge ohne Vorwissen und Billigung gewisser Behörden stattfanden. Wenn es aber das deutsche Volk — nicht nur seine nationalisierende Jugend — weiß, warum will man den Ausschluß anordnen? Ein Ausschluß aus dem Grunde, daß das Reichsministerium und andre belästigt würden, ist eine Geste, über die die ganze Republik lacht. Die Dinge liegen in der Vergangenheit, sie sind von der Regierung zugegeben, die Wehrverbände aber gleichzeitig preisgegeben. Gerade die neue Politik erfordert rückhaltlose Offenheit. Im Interesse der Staatsicherheit muß es eine öffentliche Verhandlung geben.

Für den Landsberger Prozeß gegen Schulz und seine Genossen ist der Ausschluß der Öffentlichkeit ja noch nicht irrtümlich, aber — eben, weil jeder weiß, was verhandelt wird — ist die Befürchtung, daß er verhängt wird, nur zu berechtigt. Auch im Schweriner Prozeß hat man mit einem Ausschluß der Öffentlichkeit zunächst nicht gerechnet. Als „Das freie Wort“ eine diesbezügliche Notiz brachte, erhielt es von der Staatsanwaltschaft vierzehn Tage vor der Verhandlung eine Entgegnung, daß die Voruntersuchung noch nicht einmal ergeben hätte, daß der Mord an Holz ein politischer Mord sei. Soll das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Justiz nicht ganz zum Teufel gehen, so ist es nötig, daß man das Schauspiel von Schwerin nicht wiederholt.

## Die Krise im Zentrum.

Der Austritt Birchs aus der Zentrumsfaktion enthält die tiefen Gegensätze im Zentrum. Die katholischen Arbeiter stehen gegen die katholischen Agrarier und Industriellen samt ihrem Anhang. Die „Germania“, die Berliner Zeitung des Zentrums, sieht keinen andern Weg, um die Einheit der Partei zu erhalten, als Einberufung eines Parteitag, der die Richtung der Zentrumspolitik von neuem festlegen soll. Sie verweist dabei auf die Haltung der Deutschnationalen, deren zweideutiges Spiel in der Außenpolitik des Zentrums nicht verantwortlich denden kann.

Das Vorgehen Birchs wird mit großer Zurückhaltung beurteilt. Fehrenbach hat als Vorsitzender der Fraktion an die Abgeordneten und Führer des Zentrums ein Schreiben gerichtet, in dem er zu Birchs Austritt Stellung nimmt, aber auch die Haltung des Zentrums zu verteidigen sucht. Ueber Birchs Austritt schreibt Fehrenbach:

Dieser tief bedauerliche Schritt war voranzusehen; er war von Herrn Birch in der Fraktion im Verlauf des letzten Jahres drei oder viermal angekündigt worden. Eine so intensive Zusammenarbeit mit der Rechten, wie sie die großen Gesetzgebungsorgane: Anstalt, Steuer und Zoll erforderten, war für ihn, der von der Rechten so angezogen und so stark angezogen worden war, untragbar.

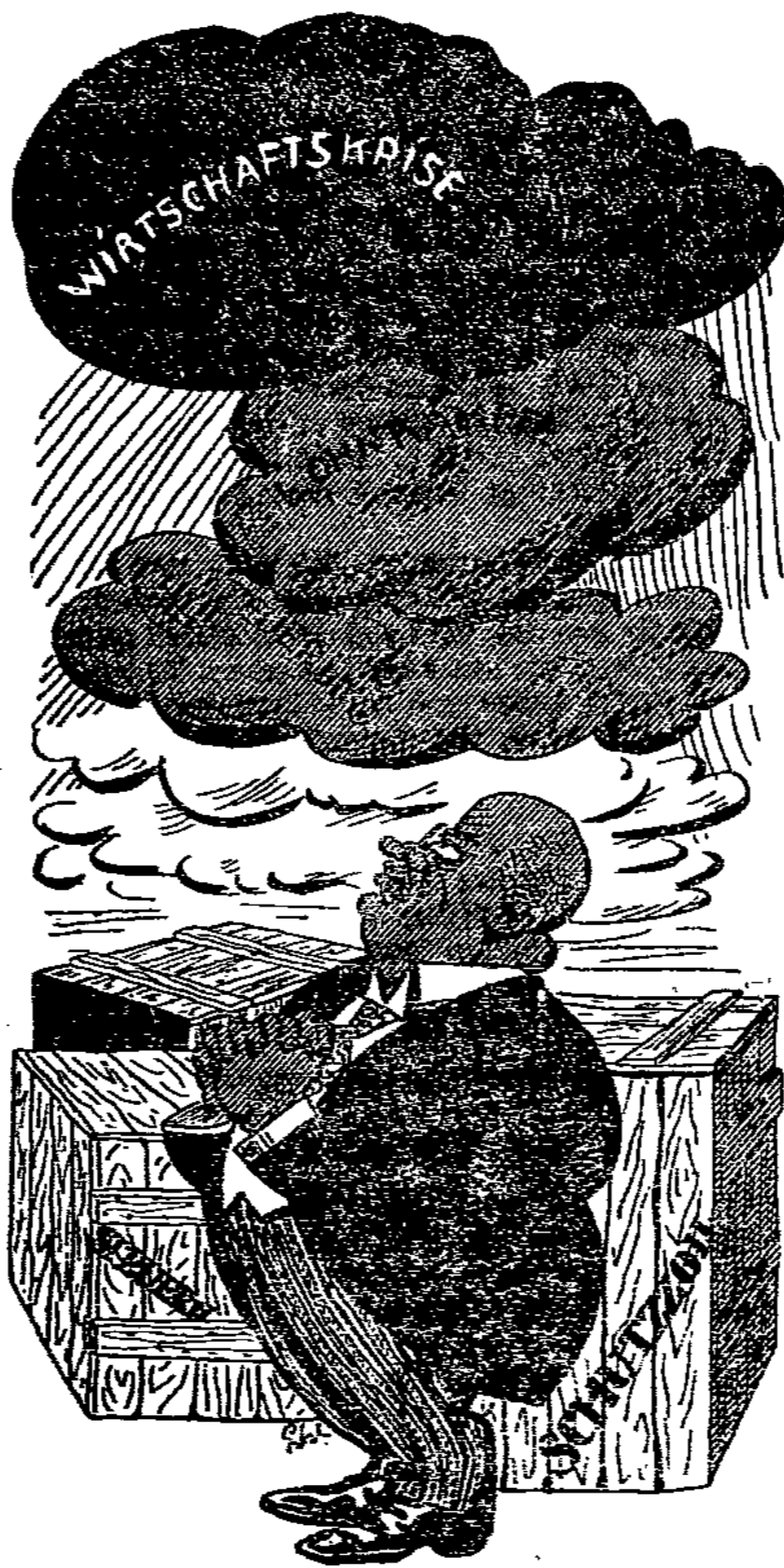
Zur Verteidigung der Reichsregierung führt Fehrenbach an:

Die Fraktion ist bei der Bildung des Kabinetts Luther den Weg der Zusammenarbeit mit der Rechten gegangen und mußte ihn gehen, nachdem die Wahlen deren Reihen verstärkt hatten und nachdem die Deutsche Volkspartei sich einer Mitarbeit in der bisherigen Arbeitsgemeinschaft entzogen hatte. Damals in der lediglich opponierenden Minderheit zu bleiben, wo die größten geschäftlichen Aufgaben zur Lösung bevorstanden, hätte der ganzen, nur auf das vaterländische Interesse gerichteten Tradition des Zentrums widersprochen.

Ein Beharren in der Verbindung mit der Rechten hätte dem Zentrum auch die größten Gefahren gebracht. Sie wurde selbst in den Zeiten nach dem Umsturz, wo sie im Interesse des Vaterlandes bei der regierenden Haltung der Rechten eine absolute Notwendigkeit war, von vielen sogenannten Intellektuellen nicht verstanden und angefeindet. Ein Festlegen nach der linken Seite auch bei veränderten Verhältnissen hätte eine weitere Entfremdung zur Folge gehabt. Politisch erfahrene Leute bestreiten, daß im Westen nicht bloß von seiten der Landwirtschaft weitgreifende Abbröckelungen sich vollziehen würden. Das gleiche wird vom württembergischen Oberland gemeldet. Daß nach Bayern hin die Öffnung auf eine allmähliche Annäherung ganz aufzugeben war, wird niemand bestreiten. Welche Gefahren auch sonst noch drohten, wird inzwischen auch in weitere Kreise gedrungen sein.

Rücksicht auf Landwirtschaft und Industrie veranlassen das Zentrum zum Zollbündnis mit der Rechten, zur Preis-

## Luther in Nöten.



Die Luft ist dick, das Wetter scheint nicht heiter,  
Und eine miese Krisenbrise weht.  
Hier stehe ich bei meinem Zollpaket!  
Wer aber schafft mir einen Bligableiter?

gabe der Arbeiterinteressen. Diese Tatsache hat die Krise im Zentrum akut werden lassen und wird nicht vermindert, wenn auch Fehrenbach schreibt:

Ich enthalte mich jedes Urteils über den Schritt des Herrn Dr. Birch mit einer Einschränkung: Wenn er sich „als Vertreter des sozialen und republikanischen Zentrums“ bezeichnet und damit einen gewissen Gegensatz zur Fraktion konstatieren will, so wäre dagegen Einspruch zu erheben. Wenn auch nicht alle Mitglieder der Fraktion so begeisterte Republikaner sind wie Herr Dr. Birch, so sehen sie doch alle fest auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung und verworfen nicht bloß jeden gewalttätigen Akt, sondern anerkennen die Republik als die gegebene und zurzeit einzig mögliche Staatsform. Der soziale Geist ist in der ganzen Fraktion ohne Unterschied der Stände vorhanden und hat sich gerade in den Gesetzgebungsorganen dieses Sommers wieder bewiesen.

Gerade das letztere ist es aber, was die Zentrumsarbeiter rebellisch macht: die völlig unsoziale Haltung des Zentrums in der Zoll- und Steuerfrage.

Fehrenbach verjucht im Hauptteil seines Briefes die Haltung zu rechtfertigen, die das Zentrum gegenüber der Opposition eingenommen hat. Die Zollmehrheit sei über den 17. August hinaus nicht zusammenzuhalten gewesen. Sätteldienste waren es also, die das Zentrum der Rechten geleistet hat. Darüber sind die Zentrumsarbeiter empört, zumal der Zentrumsredner obendrein noch mit engem Zusammenarbeiten mit den Regeiparteien drohte, als die Sozialdemokraten Vorhaltungen machten.

Weiter noch als Birch gehen die Rebellen der Windthorstbünde. In Süddeutschland hat sich vor längerer Zeit in Opposition zur Bayerischen Volkspartei eine Christlich-Soziale Partei gebildet, die unter der Führung des Poplans Sibus Keller in Würzburg steht und unter den katholischen Industriearbeitern einigen Anhang besitzt. In Sibus Keller stehen die rebellischen Windthorstbündler im Reiche. Die „Germania“ redet ihnen gut zu und warnt sie vor Festlegungen.

Voreilige Leute sehen schon eine Spaltung des Zentrums als Folge des Wirtschaftlichen Vorstoßes. So leicht fällt das Zentrum nicht auseinander und auch der rechte Flügel wird — Hölle und Steuern sind in den Scheuern! — alles tun, um die Wähler bei der Fahne zu halten.

## Drohungen der Bauunternehmer.

Die Bauunternehmer haben am Dienstag die Verbindlichkeitsklärung des vor kurzem zur Beilegung des Lohnkonflikts gefällten Schiedsspruchs beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb die beiden Parteien auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr zu weiteren Verhandlungen geladen. Die Unternehmer wissen genau, daß der völlig ungenügende Schiedsspruch nicht die allergeringste Friedensbasis bildet. Sie versuchen es nun mit der Einschüchterung, indem sie folgende Notiz in die Presse lancieren:

Ein Beweis dafür, wie ernst die Lage von Arbeitgeberseite im Baugewerbe angesehen wird, ist die Tatsache, daß man sämtliche Maßnahmen für die Generalausrüstung getroffen hat, die auch durch den neuesten Schritt des Reichsarbeitsministeriums nicht ausgeführt werden sind. Falls es nicht in letzter Stunde noch zu einer Einigung kommt, werden am Freitag etwa 600 000 Bauarbeiter in Deutschland entlassen werden.

Diese Drohung macht auf die Bauarbeiter nicht den gewünschten Eindruck. Mögen die Bauherren ihre Drohung verwirklichen, mögen sie halbtarrig und verantwortungslos trotz furchtbarster Wohnungsnot über eine halbe Million Bauarbeiter aufs Straßenpflaster werfen: aufs Knie zwingen sie die Bauarbeiter nicht.

## Praktische Versöhnungsarbeit.

Von einem Studenten wird uns geschrieben: Die sozialistische Studentengruppe Freiburg i. B. hatte im Arbeitsplan des vergangenen Sommersemesters ein Treffen mit gleichgesinnten französischen Studenten in Straßburg vorgesehen, das der Verständigungsarbeit der beiden Nachbarländer gewidmet sein sollte und uns zugleich den Blick für fremde Verhältnisse weiten sollte. Der sozialistische Bürgermeister Straßburgs, Peirotes, kam unfern Wünschen weitestgehend entgegen, indem er versprach, ein Sammelbistum, allerdings nur für zehn Mann, zu erwirken. Der französische Konsul in Karlsruhe machte uns unser Sammelbistums wegen Schwierigkeiten. Schließlich gelang es, den Sammelpaß dadurch zu erhalten, daß man sich direkt an den französischen Außenminister Briand wandte.

Straßburg! Durch moderne Promenaden und alle winklige Straßen und Gassen, an alten Türmen und Korngspeichern, reichverzierten Bürgerhäusern vergangener Jahrhunderte vorbei führten uns unfre Gastgeber in unser Quartier. Alenthalben hört man nun Elässer „brüsch“ und französisch sprechen, ohne dabei den Eindruck zu haben, daß sich beide Sprachen hier feindlich gegenüberstehen. Freilich ist alemannisch ihre Muttersprache, und der Elässer wehrt sich gegen jede Beugung seiner Heimatrechte, doch gänzlich falsch wäre es, in diesem Kampfe gegen die Assimilierung eine Bewegung für die Wiedervereinigung mit Deutschland zu erblicken. Die Mission des elsässischen Volkes, das zwar nach Sprache, Sprache und den Grundlagen der Kultur deutsch ist, dessen Kultur selbst aber einen starken französischen Einschlag nicht verkennen läßt, wird von vielen in der Aufgabe gesehen, Bindeglied zu sein zwischen dem deutschen und dem französischen Volke. Das war der Grundton, auf den alle Gespräche mit den französischen und elsässischen Parteifreunden abgestimmt war. Neben der Aussprache über Fragen von allgemeiner Bedeutung trat das rein Persönliche, das Bindende von Mensch zu Mensch nicht zurück. Überall sind wir prachvoll aufgenommen worden, die französischen und elsässischen Studenten zeigten uns die Stadt, führten uns durch die Museen und durch das gewaltige Münster, stiegen mit uns auf die hohen Münstertürme, von wo man einen weiten Ausblick über das Rheintal und auf die angrenzenden Gebirge, Vogesen und Schwarzwald, hat und sorgten für uns, als wären wir ihre leiblichen Brüder. Im letzten Tage unser Aufenthalts im Eläß, der vom 2. bis 5. August dauerte, suchten wir die Berge der Nordvogesen auf, Mauernmünster mit seiner alten romanischen Kirche und das alte Städtchen Zabern. Der Name Zabern erweckt gerade deutschen Friedensfreunden bittere Erinnerungen an das sinnlose „Feste druff“ des preußisch-deutschen Militarismus. Doch nicht diese und andre Erinnerungen zu machen waren wir über die Grenze gegangen, sondern auch wir wollten unser Teil dazu beitragen, vorzuarbeiten für den Brückenbau über den Rhein, der — bei Strafe des Untergangs — einmal vollendet werden muß zum Austausch wirtschaftlicher und kultureller Güter zweier Nationen, die in ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft aufeinander angewiesen sind.

E. H.

## Mißerfolge Polens.

Polen bewegen zwei große Fragen: die bedrohliche Wirtschaftslage, die durch den Fall des polnischen Bloß gekennzeichnet ist, und der Sicherheitspakt, bei dem Polen in irgendeiner Form eine Garantie der deutsch-polnischen Grenze durchsetzen möchte. Der polnische Außenminister Skrzynski hat auf beiden Gebieten eine rege und geschickte Tätigkeit entfaltet. Seine Amerikareise, von der er eben zurückgekehrt ist, verfolgte nach den einmütigen Ankündigungen der polnischen Presse den Hauptzweck, eine amerikanische Anleihe zu erlangen, und auf der Hin- wie auf der Rückreise hat er in Paris Station gemacht, um nicht nur die französische Presse sehr ausgedehnt zu inspirieren, sondern auch mit Briand eingehende Beratungen zu pflegen.

Was die polnische Presse über das Ergebnis dieser Bemühungen Skrzynskis bisher angedeutet hat, klingt sehr kleinlaut. Skrzynski selbst hat das Fazit seiner Erfahrungen

in Amerika in die vielversprechende Formel gekleidet, daß in den Vereinigten Staaten „ein großes Kapital platonischer Sympathien“ für Polen vorhanden sei. Da gleichzeitig in der polnischen Presse jetzt bestritten wird, daß Skrajnski in Amerika Anleiheabsichten verfolgt habe, läßt sich mit Bestimmtheit der Schluß ziehen, daß seine Reise in dieser Hinsicht einen glatten Mißerfolg vorstellte.

Aber auch über die polnischen Wünsche in der Sicherheitsfrage schreibt die polnische Presse recht kleinlaut. Skrajnski hat zweifellos über den Stand dieser Frage die besten Informationen, denn er hat in Paris Briand unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London gesprochen. Was er selbst hierüber vor Pariser Pressevertretern geäußert hat, waren nur allgemeine Redensarten. Wenn daher in den nächsten Tagen die Antwortnote der Regierungen der Westmächte veröffentlicht werden wird, kann man annehmen, daß sie die polnischen Wünsche nicht befriedigen wird. Für die Position Skrajnskis kann dieser doppelte Mißerfolg recht gefährlich werden.

Dazu ist in den letzten Tagen ein Mißerfolg auf anderem Gebiet getreten, nämlich vor dem Internationalen Korridorrichtungsgericht in Danzig. Das Korridorabkommen bestimmt, daß der Ursprung der Waren für die privilegierte Durchfuhr durch den Korridor belanglos ist. Trotzdem hatten die polnischen Behörden in zahlreichen Fällen den Warentransport durch den Korridor beanstandet, wenn es sich um Waren handelte, die nicht nur zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland befördert wurden, sondern darüber hinaus, beispielsweise nach und von Litauen, und zwar mit der Begründung, daß das Korridorabkommen nur den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland regle. Die deutsche Regierung hatte schließlich das Internationale Schiedsgericht in Danzig um Entscheidung angerufen, und in seiner Sitzung vom 20. August hat das Schiedsgericht dem deutschen Standpunkt recht gegeben. Diese Entscheidung zeigt zugleich, wie falsch die polnische Behauptung ist, daß der Korridorverkehr zur allgemeinen Zufriedenheit funktioniere.

Letzten Endes ist die Ursache dieser Mißerfolge Polens in allen Fällen dieselbe: Das internationale Mißtrauen gegen Polen wegen der chauvinistischen Grundmotive seiner Politik, wie sie in der Optantenausweisung und in dem Agrargesetz gegen die Minderheiten erst kürzlich wieder in Erscheinung getreten sind. Polen sollte sich daraus eine Lehre entnehmen; das läge nicht nur im Interesse des Friedens Europas, sondern nicht zuletzt in seinem eignen Interesse.

## Frankreichs Kolonialkriege.

Die Unruhe in Syrien dauert an. Aus Konstantinopel wird gemeldet, ganz Syrien befindet sich seit Sonntag in fieberhafter Aufregung. Die türkischen Zeitungen bezeichnen den bisherigen Stillstand als eine Ruhe vor dem Sturm. Nach arabischen Quellen breitet sich der Drusenaufrührer immer mehr aus. Eine großangelegte Offensive der Eingeborenenstämme wird täglich erwartet.

Nach Meldungen aus englischer Quelle ist der Kampf schon im Gange. Danach haben 1500 Aufständische der französischen Zone in Syrien aus dem Djebel-Druz einen Vorstoß auf Damaskus unternommen. Der französischen Kavallerie, von Flugzeugen unterstützt, soll es gelungen sein, diese Angriffe abzuwehren. Die Aufständischen hätten dabei schwere Verluste erlitten und sich nach dem Djebel-Druz zurückgezogen. Gleichzeitig wird aus Beirut gemeldet, daß 700 Beduinen aus Transjordanien die Grenze zwischen der englischen und französischen Zone überschritten hätten und in den Djebel-Druz eingerückt seien.

In Marokko ist trotz der Erfolge der französischen Truppen noch keineswegs eine Entscheidung herbeigeführt worden. Abd el Krid scheint die Hoffnung auf Sieg noch nicht verloren zu haben. Er hat aber seine Taktik geändert. Er sucht seine regulären Truppen zu schonen und überläßt die Verteidigung der vorderen Stellungen den aufständischen Stämmen der französischen Zone. Er scheint sich sogar mit dem Gedanken abgefunden zu haben, einen Teil dieser Hilstruppen zu opfern. In der Tat unterwerfen sich diese aufständischen Stämme entsprechend dem Vorhaben der französischen Truppen. Das Ziel Abd el Krids ist offenbar, Zeit zu gewinnen und die Kämpfe bis in den Winter auszudehnen, in der Hoffnung, daß die Regenzeit und der Druck der öffentlichen Meinung die französische Regierung zum Entgegenkommen zwingen werden.

## Die englisch-französischen Schuldenverhandlungen.

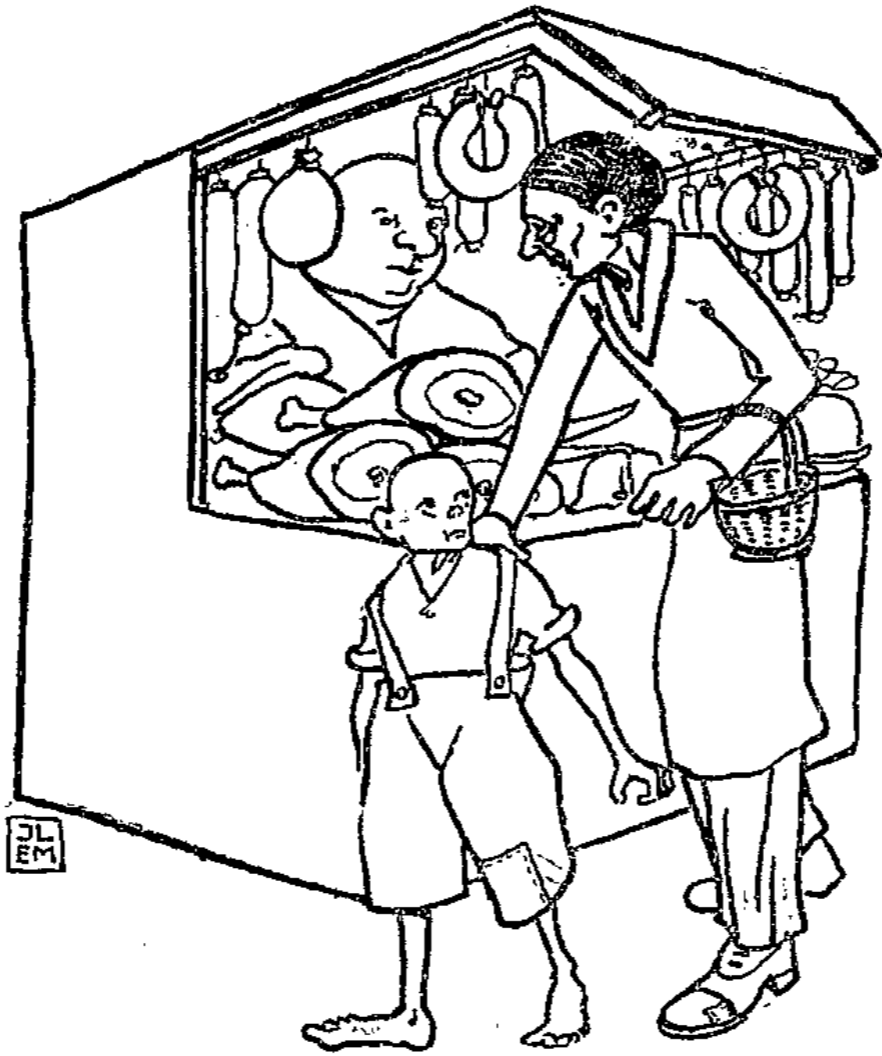
Die Pariser Nachrichten über die Londoner Verhandlungen zwischen Caillaux und Churchill zur Regelung der französischen Schulden lassen erkennen, daß die Aussichten auf eine baldige Einigung gering sind. Nach dem „Paris Soir“ scheint es wahrscheinlich, daß die beiden Finanzminister sich auf einen Meinungsaustrausch beschränken werden; die endgültige Regelung würde dann auf später verschoben werden. Das Blatt weist darauf hin, daß die Regelung der französischen Schulden an England eng zusammenhängt mit dem französisch-amerikanischen Schuldenabkommen. Infolgedessen könne zwischen Frankreich und England keine Abmachung zustande kommen vor einer Regelung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Eine in London herausgegebene offizielle Mitteilung stellt fest, daß die Verhandlungen einen „normalen Verlauf“ genommen haben. Die Hauptfrage sei die Festsetzung der französischen Jahreszahlungen sowohl an den eignen Mitteln als auch in der Form der Ueberweisung aus den Eingängen des Dawesplans. England wolle diese Ueberweisungen auf ein Mindestmaß beschränken, während Frankreich bestrebt sei, die Zahlungen, die das französische Schatzamt zu leisten hatte, so gering wie möglich zu gestalten. Die Unterhaltung, die Caillaux mit dem Präsidenten der Bank von England, Montagu Norman, gehabt hat, habe sich auf die Möglichkeit einer Abänderung des

zwischen der französischen Regierung und der Bank von England im Jahre 1923 abgeschlossenen Abkommens über die Regelung der sogenannten kommerziellen Schulden bezogen. Die Rückzahlung dieser Schulden, die sich auf 1300 Millionen Goldfranken beläuft, wurde in diesem Abkommen auf die Zeit von 1924 bis 1930 festgesetzt.

Während die Londoner Morgenpresse am Dienstag, durchaus pessimistisch, eine Einigung zwischen Caillaux und Churchill für unwahrscheinlich hielt, herrschte auf Grund der Besprechungen, die tagsüber Caillaux mit dem Gouverneur der Bank von England, Mac Kenna und Churchill gehabt hat, der Eindruck vor, daß Frankreich der englischen Forderung weiter entgegenkomme als erwartet wurde. Auch die Verschiebung der Abreise Caillaux' auf Mittwoch bzw. Donnerstag wird allgemein günstig beurteilt.

## Vom Fleischerladen.



„Mutter, koch mir doch Wurst und Schinken!“  
„Kind, seh weita, id habe teen Jeld.“  
„Luther, der läßt nur die Löhne sinken,  
Weil er jetreu zu den Reichen hält!“

## Die Ursache des Konflikts in Syrien.

Unser Pariser Mitarbeiter schreibt:  
Auf dem außerordentlichen Kongreß der französischen sozialistischen Partei wurde die syrische Frage kaum erwähnt, und in den Rahmen des internationalen Treffens von Marseille paßte sie nicht recht. Es wäre aber trotzdem ein schwerer Fehler, wollte man die syrischen Ereignisse unbeachtet lassen.

Sier zeigt sich, welcher einen Unterschied es macht, ob ein den pazifistischen Kreisen benachbarter General oder ein katholischer französischer Truppenführer. Einst war Lyautey Kommandant von Syrien, später war dies der jetzige Pariser Stadtkommandant Gouraud und zuletzt Weygand. Serriot hatte diesen abberufen und statt dessen Sarrail nach Syrien beordert. Als er am 2. Januar dort ankam, wurde er von der Bevölkerung geradezu als Befreier gefeiert, so unerträglich war die Herrschaft des Nationalen Blocks gewesen.

Aber die Klerikalen wollten nicht dulden, daß ein französischer General in gutem Einvernehmen mit der Bevölkerungsmehrheit ist. Und so verloren sie im Juni den letzten Rest von Selbstbeherrschung, als sie sich anschickten, Propaganda für die syrische Parlamentswahl des 12. Juli zu machen. Sarrail sollte das Opfer eines großen Verleumdungsstreiches auf der Strecke bleiben. Auch von seinem Privatleben wurden schnell Mordsdinge erfunden und herumgetragen, um die muslimanische Bewegung, der Sarrail neutral (aber nicht, wie die Katholiken: feindlich) gegenüberstand, lächerlich zu machen. Erfolg: Eine ähnliche Niederlage des katholischen Blocks in Syrien und dem Groß-Liban am 12. Juli dieses Jahres (am selben Datum, an dem sich die Painlevé-Regierung ein erstes Mal in der Kammer Stimmten für ein Vertrauensvotum von den Katholiken borgte), wie sie am 11. Mai vorigen Jahres in Frankreich der katholische Nationale Block erlitt. Weiteres Resultat: Revolberjünger in Beirut, bei denen es Tote und Verwundete gab. Die Organisatoren dieser Unruhen waren der Abt Louis El-Hajzen und Pariser Komplotzkünstler aus den Reihen der Nationalistenpartei Action Française.

In Marokko also, wo der Marschall Lyautey herrscht, unterstützen die französischen Nationalisten das französische Heer gegen die Eingeborenen, in Syrien aber hegen sie die Maroniten zum Bürgerkrieg gegen Sarrail auf und gehen selbst über Leichen, um den General, der sich nicht zum Jesuitismus bekehren will, zur Strecke zu bringen. Diefelben, die „Gott Lyautey!“ schreien, verlangen Sarrails sofortige Abberufung. Diefelben, die gegen die Marokkaner waffnen, unterstützen die syrischen Eingeborenen im Aufruhr gegen einen französischen linksgerichteten General.

Wie sehr unter der vorangegangenen Herrschaft eines Weygand die Katholiken vorgezogen wurden, kann man z. B. an der Steuerberechnung ersehen. So wurde einmal eine schwere Geldstrafe für alle Arbeiter der Stadt Amel angelegt, weil diese angeblich Revolte hätten treiben wollen. Aber es wurde zugleich von der Regierung des damaligen

Hochkommissars bestimmt, daß diese Strafe nur von den muslimanischen Arbeitern zu zahlen sei, nicht dagegen von den christlichen. Da in Gold-Pfund-Sterling beglichen werden sollte und da das Geld unmöglich zur verlangten Frist angeschafft werden konnte, wurden seitens der französischen Offiziere Wertiere und Geräte beschlagnahmt — auch nur von der nichtchristlichen Bevölkerung. Zu Spottpreisen verkaufte man die Beute an Neureiche, . . . wovon es auch viele in Syrien gibt.

Die christlichen Maroniten, die nur ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmachen, schluchzten laut bei Weygands Abfahrt. Leider bestehen auch jetzt noch unter Sarrail einflussreiche so viele Ungerechtigkeiten weiter, daß die französischen Reaktionäre nicht so unrecht haben, gerade jetzt gegen den neuen Hochkommissar Sturm zu laufen. Sie wollen mit aller Gewalt verhindern, daß Sarrail ein gerechteres System beginnt.

## Notizen.

100 Prozent Friedensmiete. Der Senat der freien Stadt Lübeck hat als erstes deutsches Land die Miete ab 1. September auf 100 Prozent Friedensmiete festgesetzt. Das ist die Quittung dafür, daß die Lübecker Bevölkerung dem Bürgerblock bei den letzten Gemeindevahlen zu einer Mehrheit verholfen hat.

Zeitungsverbot. Die Regierungskommission des Saargebietes hat das baltische Revolververbot, „Der Saardeutsche“ genannt, für 1 Monat verboten wegen Verleumdung der Regierung und Verhöhnung der Bevölkerung.

Nichtachtung deutscher Gemeinden. Durch die Anlage eines großen Sprengstofflagers im Walde zwischen Spittel, St. Nikolaus und Paulsbrunn in Lothringen, das an der saarländischen Grenze von der französischen Bergwerksgesellschaft Saar und Mosel angelegt werden soll und 75 000 Kilogramm Sprengstoff umfaßt, sind vier deutsche Gemeinden des Saargebietes in den 5-Kilometer-Gefahrenbereich einer Explosion einbezogen worden, ohne daß, wie es nach der Gesetzgebung aller Kulturländer selbstverständlich ist, den Gemeinden und der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben worden wäre, ein Einspruchsrecht geltend zu machen und die Wahrung ihrer Rechte auf Schadenersatz vorzunehmen. Die ebenfalls im Umkreis von 5 Kilometern liegenden sieben französischen Gemeinden sind von der französischen Bergwerksgesellschaft informiert und zur Stellungnahme aufgefordert worden. Die gesamte saarländische Bevölkerung verlangt daher von der Regierungskommission des Saargebietes ein entsprechendes Vorgehen bei den zuständigen französischen Behörden zum Schutze der vier saarländischen Gemeinden und ihrer Einwohner.

Das Königstheater in Bayern. Der ehemalige bayerische Kronprinz Rupprecht hat seit einiger Zeit den Schauplatz seiner monarchistischen Propagandatätigkeit für „Bayerntreue“ zum angestammten Hause Wittelsbach nach Franzen verlegt und läßt sich in dem „angestammten“ Altbayern durch seinen Sohn, den 19jährigen „Erbringer“ Albrecht und seinen Bruder Alfons vertreten. In Franken krönt Rupprecht durch sein Erscheinen zahlreiche Krieger- und Schützenfeste und besucht sogar Waisenhäuser, wobei die Waisenkinder vor ihm ansetzen und die Regierungsbeamten der bayerischen Republik ihn beglückt begrüßen. Um sich dieser Tätigkeit noch besser widmen zu können, will Rupprecht jetzt, wie der „Frankische Kurier“ zu berichten weiß, im Winter im Würzburger Schloß „residieren“, das viele Besucher Süddeutschlands als eins der schönsten deutschen Barockbauten kennen.

Abbau der Selbstverwaltung in Thüringen. Die thüringische Regierung will die „Reform“ der Landesgesetzgebung in ihrem Sinne weiter fortsetzen. Sie wird dem Landtag bei seinem Zusammentritt Gesetzentwürfe zu einer Staatsverwaltungsordnung und einer Gemeinde- und Kreisordnung vorlegen. Die vor Monaten erfolgten Änderungen der Gemeinde- und Kreisordnung befreiben die Regierungsparteien keineswegs, man trägt sich vielmehr mit der Absicht, die Selbstverwaltung der thüringischen Gemeinden weiter einzuschränken. Da bisher nichts Näheres über den neuen Entwurf einer Gemeinde- und Kreisordnung bekannt geworden ist, kann nicht gesagt werden, ob das von den Rechtsparteien gewünschte Zweikammernsystem in den Gemeinden eingeführt werden soll.

Bulgarenverhaftungen in Paris. Wegen des Anschlags auf den Präsidenten der bulgarischen Kammer sind mehrere Bulgaren in Paris verhaftet worden.

Begnädigungen in Bulgarien. Der König von Bulgarien hat die Verurteilung von 90 Todesurteilen verweigert. Laut Verfassung wird die Todesstrafe in lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt. Gnade sieht zwar anders aus, als lebenslänglich eingekerkert zu sein, aber vorläufig sind doch diese Opfer der Kriegsgeschichte dem Genfer entzogen. Das Weitere findet sich nach dem Sturze des Genferregiments.

## Depechen.

### Stahlhelmschießerei.

rs Bochum, 26. August. (Radio.) In Bochum kam es am Montag und Dienstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmern. Am Montag überfielen Mitglieder des Stahlhelms einen Reichsbannermann und richteten ihn derart zu, daß er in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Am Dienstag abend traf am Eingang des Stadtparcs ein kleiner Trupp Reichsbannerleute mit Angehörigen von Rechtsorganisationen zusammen, die aus Essen und Gelsenkirchen in fünf Lastkraftwagen nach Bochum gekommen waren und die sofort ein Revolverfeuer auf die Reichsbannerleute eröffneten. Während sich drei Autos nach dem Schießen davonmachten, fuhrn zwei in die Stadt, wo sie vor der Polizei angehalten und durchsucht wurden. Man fand sechs Revolver, Munition, zwei Totschläger und vier Gummischläuche bei der Rote.

### Erste Lage in Syrien.

Ab. London, 26. August. „Times“ berichtet aus Kairo, daß nach Mitteilungen aus Syrien im ganzen Lande, insbesondere in Damaskus, große Unruhe herrsche. Es scheint die allgemeine Ansicht vorzuherrschen, daß weitere Erfolge der Aufständischen eine weit umfassende Erhebung unter den unzufriedenen Elementen hervorrufen könne, die in der letzten Zeit seit den französischen Rückzügen in Sayraa äußerst aktiv gewesen seien.

Ab. London, 26. August. „Daily Express“ berichtet aus Kairo, der sensationelle Angriff der Drusen auf Damaskus habe eine Panik unter den nichtmosammanischen Einwohnern dieser Stadt erzeugt. Die Mosammanen würden sofort zu offenem Aufruhr übergehen, wenn ein Erfolg als aussichtsreich ersehe.

Ab. London, 26. August. „Daily Mail“ berichtet aus Damaskus, die Lage in Syrien sei sehr ernst aus folgenden Gründen: Der Drusenaufrührer könne den allgemeinen Aufstand in Damaskus, Soms Gana und Aleppo ermutigen. Eine außergewöhnlich schnelle Ernte habe große Unzufriedenheit erzeugt. Die Möglichkeit, daß ehemalige Offiziere des türkischen Heeres sich den Drusen anschließen, sei beträchtlich.

**Zirkus**  
Das interessante Programm  
Lila de Putti in dem Film  
**Claire**  
Die Geschichte eines jungen Mädchens.  
Nur mit Frauen ist das  
Leben schön  
Eine merkwürdige Begebenheit  
Die neueste Deulig-Woche  
Beginn 3 Uhr.

**Kammer**  
Der Berliner Milieu-Film  
**Das Püppchen vom Lunapark**  
Der Kilometerfresser  
Im rasenden Tempo auf dem Motor durch  
Tirol, Italien, Oesterreich, Kroatien  
(Serbien) usw.  
Zweiaktige Foggrotelle  
**Löwen an Bord**  
Die neueste Deulig-Woche.  
Beginn 3 Uhr.

**Panorama**  
Der spannende Abenteuerfilm  
**Cisca Barna**  
**Die Zigeunerin**  
Der Klugene Zeiten  
Der Traum aus einer jähren verklungenen  
Zeit.  
**Die Deulig-Woche**  
Beginn 3 Uhr.

**Waihalla**  
**Mimente**  
(Die geschiedene Frau)  
Ein Bild der heutigen zerrütteten Ge-  
sellschaftsmoral.  
**Wenn Frauen träumen**  
Ein Film von Liebe, Glück und Leid.  
Die neueste Trianon-Woche  
Reicherverfassungsfeier und Großdeutscher  
Tag des Reichsbanners in Berlin 1925  
Spielzeit Sonntags 3 Uhr.

**Füli**  
Das Leben der Weltstadt Paris in  
**Kinder vom Montmartre**  
Sittensbilder vom Ballett, Konfektion und  
Liebe.  
Fernse:  
Eine ganz gruselige Detektiv-Groteske  
in sechs nie ganz aufgeklärten Akten.  
**D-Zug des Grauens**  
Eine Komödie von einem jüden kleinen  
Mädel, einem Detektiv und einer teuflischen  
Erfindung  
Beginn 3 Uhr.

**Kammer-**  
**Die Frau von 40 Jahren**  
★  
Sie hören von der Frau im gefährlichen Alter. — Man spricht von der Frau von 40 Jahren und Sie werden sie sehen, die „Frau von 40 Jahren“, dargestellt durch die fabelhafte Diana Karene, wie sie in einem letzten Anlauf der Leidenschaft versucht, allen Sinn, auch der Jugend aus voller Schale mit dem jungen René (Wladimir Galdarow) nochmals zu genießen. Richard Oswald zeigt aber auch den voraussehenden Schluß mit einem feinen wehmütigen Humor. —  
**Lichtspiele**



**Konsumbrot**  
esse ich am liebsten

**Dampfer-Fahrten**  
ab Stombrücke links (Weißgärtnerweg).  
Am Donnerstag den 27. August, nachmittags 2 Uhr  
Herliche Dampferfahrt bis Schloß Dornburg  
Rast am See.  
Auf der Rückfahrt Rast im Buschhaus bei Schönebeck,  
besonders langweiligen.  
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1.— Mark, Kinder 50 Pf.,  
unter 6 Jahren frei.  
Abfahrt in Magdeburg gegen 9 Uhr abends.  
Am Freitag den 28. August, abends 8 Uhr  
die beliebte  
**Abendfahrt nach Hohenwarte** zum Tanz im  
„Landsberg“.  
Rast am See, Rückfahrt 12 Uhr.  
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1.— Mark, ganz frei.  
2216  
Nachmittagsbesuch nach **Hohenwarte** täglich  
ab Stombrücke 2 Uhr nachm., ab Hohenwarte 7 Uhr abends.  
Salus Krümling. Fernsprecher 8226/27.

**Lachen links** Jede Woche eine neue Nummer  
empfiehlt  
Buchhandlung Volksstimme

**2. Extrablatt**  
**Der Totengräber eines Kaiserreichs.**  
**Der aufsehenerregendste Spionageprozeß**  
nach authentischem Material aus den Archiven  
des ehem. k. u. k. Kriegsministeriums in Wien.  
Generalstabchef Oberst Stohl war der größte Hoch-  
verräter aller Zeiten. Als Opfer seiner Leidenschaft  
für eine dämonische Ruffa hat er die wichtigsten und  
sichersten Dokumente und Aufmarschpläne den Russen  
verraten. Dieser Verrat trug die überreichlich angarische  
Revolution in ihrem Lebenssaft und beeinflusste auch  
das folgenschwerste des Schicksal und die zur-  
kunft Deutschlands.  
Wenn Sie dieser Fall interessiert, dann  
kommen Sie  
Freitag ins  


**Stadttheater**  
Eröffnungsvorstellung  
Sonntagabend 29. August  
1 Abend  
**Don Carlos**  
von Fr. v. Schiller  
Sonntag, 30. August  
2. Abend  
**Tannhäuser**  
Oper von W. Wagner  
Viertägiges Gastspiel  
v. Tatrovits Moskau  
Kammertheater  
ab 31. August, 8 Uhr  
**Sirafé-Sirafé**  
Op. in 2 Akt. v. Ch. Lecocq  
48 Mitwirkende, eigene  
Dekoration, u. Kostüme  
Gastspielrevue.  
**Wilhelm-Theater**  
Offene Vorstellungen  
Donnerstag, 27. August  
8 Uhr  
Die zärtlichen  
Verwandten  
Einführung v. H. Vened. u.  
Freitag, 28. August  
Sonntag, 30. August  
Anfang 8 Uhr  
Zum erstenmal!  
**Otto der Treue**  
Schwank v. Impetoven  
und Mathern.

**FÜRSTENHOF-ARKADIA**  
Eingang Prälatenstraße  
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr  
Nur noch 2 Aufführungen!  
**Was Gott zusammengefügt**  
Schauspiel in 5 Akten von Ritterfeldt, nach dem  
gleichnam. Roman von Hedw. Courth's-Haller.  
Mitwirkende: Hanni Dunkel, Li. Rocke, Claire  
Schierhorn, Lydia Lorm, Elin Mörger, Karl  
Mathies, Otto Dume, Em. I. Leser, Willi Burgkranz.  
Vorverkauf 11—1 Uhr 60 und 85 Pfg.

**ZENTRA**  
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr  
Der große Erfolg!  
**Die vertauschte Frau**  
Rust von Walter Kollo.  
Siebenstädtiger Kartenvorverkauf!

Verwand nach all. Orten  
**Möbel**  
mit Kredit-  
Bewilligung  
zu mäß. Bedingungen  
Möbel für 75 M.  
Anzahlung 10 M.  
Möbel für 120 M.  
Anzahlung 20 M.  
Möbel für 200 M.  
Anzahlung 35 M.  
Möbel für 500 M.  
Anzahlung 50 M.  
Möbel für 400 M.  
Anzahlung 70 M.  
Möbel für 500 M.  
Anzahlung 80 M.  
usw.  
in wöchentl., 14täg.  
oder monatl. Raten.  
Schlaf-, Wohn-, Speise-  
zimmer, Küchen  
sämtliche Einzelmöbel.  
Spez. für Möbelausstatt.  
A.  
**Friedländer**  
Mittel Altschiffstr. 11.  
Täg. 8 1/2—7 Uhr geöffn.

**Wichtig! Radfahrer!**  
Sie schützen Ihr Fahrrad gegen  
**Diebstahl, Verwechslung**  
durch Einstellen in die Radwach.  
**Die Rad-Wachen**  
übernehmen volle Garantie.

**Große Augen, kleiner Mund, blondes Haar, ein gertenschlanker Körper das ist**  
  
**MAE MURRAY**  
Sie spielt die Hauptrolle  
in dem 8aktigen Großfilm  
**Die Pfauenkönigin**  
ab Freitag  
**Zirkus-Lichtspiele**

**Vogelgesang**  
Große  
**Dahlien - Ausstellung**  
**Altstädter Bürgersäle**  
(Richard's Festsäle)  
Apfelstraße 9 Fernsprecher 6774  
**Anerkannt gute Küche**

Siehe da,  
wie billig!  
**Neue spottbillige Federbetten.**  
1 Bettfed. ca. 120x200 ca. 13.50  
ca. 200x220 18.50  
1 Bettfed. ca. 120x200 ca. 18.50  
ca. 200x220 28.00  
Simp. Stoffkissen 4 u. 5 u. 6  
2 Kissen 35 u. 45  
50 Pf. und besser.  
Jedem wird vergütet  
Pfandverleiherung  
am 2. September  
nachmittags 2 Uhr.  
**Max Edstein jr.**  
Königsplatzstraße 5a.

**Dampfwäscherei und Neuplättanstalt „Aegit“**  
**Gröppler & Co.**  
Fabrik: Hohenwartestraße 8 Fernruf 10162  
ist in kürzester Umfange und bei vollständiger  
Leistungsfähigkeit wieder in Betrieb gesetzt.  
**Vorzüglichste Ausführung jeder Art Wäsche.**  
Spezialität:  
Feine Herrenwäsche, Gardinen-Appretur u. Spannen  
Besondere Nachwäsche - Abfällung  
Lieferung nach Gewicht!  
**Anerkannt denkbar schonendste Behandlung.**  
Abholen und Zustellen kostenlos durch eigene Kraftwagen.  
Annahmestellen:  
Rechter Weg 22, Sternstraße 32a, Straßburger Str. 3  
und in der Fabrik Hohenwartestraße 8.

Neue! Neue!  
**Federbetten!**  
Die billigsten u. besten  
**Federbetten**  
kauft man nur  
hocheffekt. 37. Lorenz.  
1 prachtvoll. Bettfed. 20  
bis 22 Mark.  
vollst. Federbetten  
10 bis 45 Mark.  
Bettfedern 10 bis 2.50  
Neues Bettfed. leicht  
und schön 28—30 M.  
Billig! - Neu! - Dauerhaft!  
**Zabels Beschl.-Anstalt**  
Ostenstedter Straße 36.

**Zu den Viktoriasfällen des Sambesi**  
Mammut-Maschinen, unsere Hochmoore,  
Beränderliche Sterne, Wie der Wabe  
raucht und schnupft, Eybare und giftige  
Pflanze, Der Amateurphotograph, Vom  
Rundfunk, Technische Neuerungen, Das  
ist der Inhalt der neuen Nummer der  
Zeitschrift  
**Die Koralle.**  
Jeder Naturfreund muß die Monats-  
schrift lesen. Preis 1 Mark.  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Große Münzstraße 2.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. August 1925.

Änderung bei der Invalidenversicherung.

Durch Reichsgesetz vom 28. Juli ist vom 1. August an der Grundbetrag der Invalidenrente von 120 Mark auf 168 Mark erhöht worden.

Während die Beiträge in allen Lohnklassen erhöht worden, und es ist außerdem eine Lohnklasse 6 aufgegeben worden.

Table with 4 columns: Lohnklasse, Beitrag, Personen mit einem Arbeitsverdienst von wöchentlich mehr als, bis. Rows 1-6.

Erhalten die Beschäftigten außer dem Barlohn auch Sachbezüge, so muß der Wert hierfür dem Barlohn zugerechnet werden.

Zur Kündigung des Angestelltenarbeitsvertrags.

Eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene stark besuchte Versammlung der kaufmännischen Angestellten im „Apollo“-Saal beschäftigte sich mit der Kündigung des Magdeburger Angestelltenarbeitsvertrags seitens der Arbeitgeber.

Der Sekretär, Verhandlungsleiter Vach, wies auf die ungewissen Folgen dieser Handlung hin, die nicht nur für 15 000 Magdeburger Angestellte von größter Bedeutung ist, sondern auch weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus eine einschneidende Wirkung ausüben muß.

Die Folge dieser Abicht bedeutet eine schlechte Bezahlung der Lehrgenossen und große Entlassung und Nichtentlassung der Zeugnisinhaber, da letztere laut Tarifvertrag höher besoldet werden müssen, als die sehr oft in gleicher Tätigkeit befindlichen lehrgenossenschaftlichen Mitarbeiter.

Der Redner fand sehr scharfe Worte gegen die Abicht, den Tarifvertrag bedeutungslos zu machen und ging dann auf die zum 30. September gefälligen Gehaltsätze ein unter Betonung, mit aller Kraft die Interessen der Angestellten schützen zu wollen.

Kraftwagenführer und Fußgänger.

Von den Kraftwagenführern im Deutschen Verkehrsbund erhalten wir diese Zuschrift:

Zunehmend macht die Polizei auf die Verordnungen betreffs des Haltens der Automobile an Straßenbahnhaltestellen aufmerksam und droht mit noch schärferem Vorgehen und Bestrafungen.

Lebenswende.

Roman von Alfred Schirakauer.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Erwartungsbehebend wurde das kärgliche Abendbrot hinabgeschlungen. Und dann war es ihm, als sei er ein bunter Schmetterling, der endlich aus seiner häßlichen Larve herausgeschlüpft.

Dort oben hatte er, nach manchen tastenden Versuchen des Anfangertums, jenes letzte Drama geschrieben. Und drüben in dem schwarzen Haus auf dem Luisenplatz hatte er es vorgelesen.

„Hier kann ich nicht bleiben,“ dachte er und ging mit einem neugierigen, fast fröhlichen Lächeln die Philippstraße hinab.

Wölff trieb sich mit einem Rucke voran, wie ein Junge, der einen lustigen Streich im Schilde führt, und stieg die ausgedöhlten Holzstufen zur ersten Etage empor.

Wölff trieb sich mit einem Rucke voran, wie ein Junge, der einen lustigen Streich im Schilde führt, und stieg die ausgedöhlten Holzstufen zur ersten Etage empor.

Lehrordnung, daß die Fußgänger nur rechthöckig die Straße überschreiten dürfen? Nicht auch, daß das Publikum so lange auf dem Bürgersteig zu warten hat, bis der Straßenbahnwagen hält, und daß Fahrgäste erst aussteigen dürfen, wenn der Wagen hält, und daß sie nach dem Aussteigen auf kürzestem Wege den Bürgersteig zu erreichen suchen müssen?

Ferner steht auch in der neuen Polizeiverordnung, daß so weit rechts zu fahren ist als irgend möglich, was sich natürlich auch auf die Radfahrer bezieht.

Über um einen Automobilfahrer anzugeigen, braucht man ja nur die Nummer zu notieren und nicht nach den Namen zu fragen, das ist ja viel einfacher.

Wie oft kommt es vor, daß sich der Straßenbahnwagen noch in Bewegung befindet, ein Auto nebenher fährt und vorwichtige Fahrgäste aussteigen oder die wartenden Fahrgäste schon vor dem Anhalten des Straßenbahnwagens auf den Fahrbahn gehen und so dem Auto den Weg versperren.

Wie schon geht das Vorbeifahren an den Haltestellen in Berlin. Wenn noch ein Meter Zwischenraum vorhanden ist, darf es dort in ganz langsamer Fahrt geschehen, und doch passieren dort verhältnismäßig weniger Unfälle als hier.

Wir geben selbst zu, daß recht wilde und rücksichtslose Fahrer unter den Automobilisten sind, aber diese sind wohl auch auf andere Weise zu fassen als durch diese kleinlichen strengen Maßnahmen, die oft zu Schikanen ausarten und den berufsmäßigen Fahrern ihr lauter verdientes Geld aus der Tasche holen und ihnen ihren Beruf zur Hölle machen.

Sozialdemokratische Partei

Bildungsausschuß. Am Freitag nachmittag 6 Uhr Sitzung im Parteibureau.

Verkauf von städtischem Gelände.

Zu immer steigendem Maße hat sich in der modernen Kommunalpolitik der von der Sozialdemokratie von Anfang an betretene Grundriß durchgesetzt, daß die Gemeinden eine eigene Wohnpolitik zu betreiben haben.

Der Deutsche Städtetag hat an zirka 50 Städte mit über 100 000 Einwohnern und 11 Städte mit weniger Einwohnern eine Rundfrage ergehen lassen, um festzustellen, in welchem Umfang, nach welchen Grundrissen und unter welchen Bedingungen die Städte Gelände für Neubaugzwecke hergeben.

sonstige öffentliche Körperschaften 148 424, industrielle Unternehmungen 789 584. Insgesamt 2 220 918.

Bei der Bemessung des Preises gehen die Städte allgemein von dem Marktwert aus. Gelsenkirchen nimmt den Einstandspreis mit einem angemessenen Zuschlag.

Kassel und Stettin weisen noch besonders darauf hin, daß bei der Bemessung des Marktwertes die Belastung durch das Wiederaufrecht berücksichtigt wird.

Der Marktwert dürfte indessen in den meisten Städten tatsächlich doch nur vereinzelt zur Erhebung gelangen. Zur Förderung der Bautätigkeit werden in weitestem Umfang den gemeinnützigen Baugenossenschaften und auch privaten Bauandauern für ein- und Mehrfamilienhäuser Ermäßigungen gewährt.

Bei längerer Stundung werden vielfach Zinsermäßigungen gewährt. So nimmt Karlsruhe nur 5 Prozent Zinsen bei einer Anzahlung von einem Sechstel des Kaufpreises.

Die Zinsen in den ersten beiden Jahren auf 5 Prozent, dann hat eine Verzinsung wie bei erstklassigen Sparkasienhypotheken stattzufinden.

— Arbeiterverein Kinderfreunde Magdeburg. Zur Vorbereitung unserer Winterarbeit findet am Montag den 31. August, abends 8 Uhr, im Jugendheim Grünarmstraße 14, Zimmer 1, ein Ausschreibung aller Helfer und Mitglieder über das Thema „Selbstständigkeit und Selbstverwaltung der Kinder als erzieherische Aufgabe“ statt.

— Die Freireligiöse Gemeinde, Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit, hat zum nächsten Sonntag nachmittag 5 Uhr Dr. Feldmann (Bremen) zu einem Vortrag gewonnen.

— Der Verein der Freireligiösen für Feuerbestattung, Bezirk Magdeburg-Anhalt, hält am Sonntag den 30. August, vormittags 9 Uhr, bei Büchtersfeld, Knochengraber, seine Bezirksskonferenz ab.

— Die Techniker zum Magdeburger Tarifvertrag. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hält am Donnerstag dieser Woche, abends 8 Uhr, in der Geschäftsstelle eine Sitzung der Vertrauensmänner aus der Metallindustrie ab.

— Der Reichsbanner-Club kauft nur noch heute (Mittwoch) und morgen (Donnerstag) in den Rathalla-Bildspielen. Jedem Gesinnungsfreund ist der Besuch zu empfehlen.

— Die Techniker zum Magdeburger Tarifvertrag. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hält am Donnerstag dieser Woche, abends 8 Uhr, in der Geschäftsstelle eine Sitzung der Vertrauensmänner aus der Metallindustrie ab.

— Der Reichsbanner-Club kauft nur noch heute (Mittwoch) und morgen (Donnerstag) in den Rathalla-Bildspielen. Jedem Gesinnungsfreund ist der Besuch zu empfehlen.

Wölff hängte den regeniertrüben Zylinder und den Mantel, der schwer war von Feuchtigkeit und unangenehm nach Rasse roch, an einen Nagel und setzte sich. Es war sein alter Stammplatz.

Als der Mann den Teller niederlegte, wachte die Brücke auf und spülte über den schwarzen Finger fort, der den Tellertrand hielt.

Da wurde ihm bewußt, daß er schon einmal hier an diesem Platz gesessen und ebenso mitteilig auf die Gesellen seines Mahles geblickt hatte.

An einem sonnigen, frohlockenden Februartag war es ihm begegnet an der Koujeau-Insel. Dieser Eislauf am Sonntagmorgen war die einzige Leidenschaft, der er sich hingab.

Dort traf er sie. Sie fiel ihm auf durch die forche Art ihres Hagenschlagens. Das erste, was er von ihr sah — er erinnerte sich noch genau — war der Saum ihres seidernen Unterrocks, der hell aufblühte, wenn sie das Bein hob, und der in rhythmischer Grazie niedererschwebte, wenn sie ihren eleganten Bogen zog.

Jetzt freite er in weitläufigem Bogen um sie herum. Da blickte er in ihre munteren braunen Augen, die brennendhell zu ihm herüberblickten. Sie schienen ihm frisch und schön.

Später wußte er niemals recht, woher ihm der Mut zu dieser Verfolgung gekommen war. Denn er war ein scheuer, frauenfremder Junge. Vor künftiger Liebe schaute sein Gefühl, vielleicht auch sein enger Geliebter zurück. Eine Evidenzleiste aber hatte ihn nie gesegnet. So schaute sich seine junge Kraft nach der großen,

jugendhaften Leidenschaft, nach der mühslichen Weihe des Kindes, das Luzie Anger und Bernhard Käufer zu der Höhe ihrer Künstlerischeit emporgehoben hatte.

Der Kellner trat zu Wölff, nahm ihm, wieder ohne Genehmigung, den Suppenteller unter der Hand fort und stellte das Fleisch nieder.

Vielleicht tat die Erinnerung an den kalten, haren Februar morgen seine Wirkung. Wölff verpörrte plötzlich Hunger. Er begann zu essen. Das Fleisch war lebend und fad. Doch er merkte es nicht. Seine Gedanken tummelten sich wieder auf der Gislfläche der Koujeau-Insel.

„Gaben Sie sich weh getan?“ fragte er besorgt. „Ich glaube,“ sagte sie und biß sich auf die Lippen, bringen Sie mich bitte bis zu einer Bank.

„Soll ich Ihnen die Schlittschuhe abschneiden?“ fragte er bestimmt ritterlich. Da lächelte sie süßlich: „Ja wo. Jetzt wollen wir doch erst zusammen laufen.“

„Aber Ihr Anie?“ Er zeigte verbüßt auf die Beschädigung. „Das ist schon wieder geheilt,“ scherzte sie und drehte sich ausgelassen auf dem „Kranke“ Bein, das die Knie im Kreise um sie herum standen und die seidernen Strümpfe bis zum Knie sichtbar wurden.

„Das ist schon wieder geheilt,“ scherzte sie und drehte sich ausgelassen auf dem „Kranke“ Bein, das die Knie im Kreise um sie herum standen und die seidernen Strümpfe bis zum Knie sichtbar wurden.

„Das ist schon wieder geheilt,“ scherzte sie und drehte sich ausgelassen auf dem „Kranke“ Bein, das die Knie im Kreise um sie herum standen und die seidernen Strümpfe bis zum Knie sichtbar wurden.

(Fortsetzung folgt.)









Die Internationale.

Die dritte Vollziehung des internationalen Sozialistenkongresses gestaltete sich zu einem einmütigen Bekenntnis für den Kampf um den Achtstundentag. Die Haltung Deutschlands und Englands zu dieser Frage stand im Mittelpunkt der Beratungen. Auf sie bernen sich alle andern reaktionären Regierungen, die einer Ratifizierung der Washingtoner Konvention ablehnend gegenüberstehen, und solange diese Staaten nicht ratifizieren, dürfte vorläufig der Achtstundentag nicht überall Wirklichkeit werden.

Zu Beginn der Sitzung genehmigte der Kongress den Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Crispian erstattete. Auf Vorschlag Bradie (Frankreich) wurde beschlossen, dem russischen Genossen Paul Agelrod in Berlin zum 75. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Kongresses zu übermitteln.

Als Referent über die Frage der Arbeitszeit verwies Tom Shaw zunächst darauf, daß der Achtstundentag bereits im Versailler Vertrag vorgeschrieben ist. Es ist bezeichnend, daß die Siegermächte bis auf das Letzte auf der Durchführung dieses Vertrages bestanden, aber nicht bei dem einzigen Vorteil, den dieser Vertrag den Arbeitern bringt! Die englische Regierung hatte sich erst kürzlich gegenüber der Parlamentsfraktion der Labour Party ausdrücklich geweigert, die Washingtoner Konvention zu ratifizieren, und seitdem sie am Ruder ist, hat das hoffnungsvolle Ergebnis der Berner Konferenz der Arbeitsminister die gegenseitige Auslegung erfahren, von der, die ihr zugehört war.

Arbeitslosigkeit und Sachleistungen.

Im Kongresshaushaus für die Arbeitslosenfrage wandte sich die englische Delegation gegen die Deutschland auferlegten Sachleistungen, Naturalleistungen, die der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in England seien. Es wurde ein Antrag des deutschen Delegierten Dismann angenommen, der feststellt, daß die Arbeitslosigkeit durch die aus den Verträgen stammenden ungelösten Probleme verschärft worden ist.

West- und Ostfragen im Anschluß.

Am Montag nachmittag tagte die Kommission für die Westfragen, die speziell die Rastfrage behandelt. Die Diskussion, an der namentlich Breitscheid, Renaudel, Otto Bauer und Pierard (Belgien) teilnahmen, hinterließ den Eindruck, daß eine Einigung verhältnismäßig leicht sein dürfte, da die Engländer fast allein in fühler Stellungnahme zum Rast bleiben, während die Franzosen und die Deutschen bis auf einige Nuancen miteinander konform gehen. Es wurde eine Unterkommission gebildet, die aus den bisherigen Hauptreferenten Burton, Silberding, Blum und Hilquitt, sowie Otto Bauer, Engberg und Renaudel besteht. Schwieriger dürfte die Einigung in der Ostfragen-Kommission werden, in der die verschiedenen Parteien Rußlands, der Tschechoslowakei, Polens und des Balkans auf eine gemeinsame Resolution verpflichtet werden sollen.

Die Stimmenverteilung.

Nach Beschluß der Exekutive verteilten sich die 312 Stimmen auf dem Kongress folgendermaßen auf die vertretenen Länder: England 40, Deutschland 40, Frankreich 25, Belgien 17, Italien 16, Schweden 13, Dänemark 12, Ver-

einigte Staaten 11, Holland 11, Ungarn 10. Die kleinen Länder bzw. Parteien, wo in einem Staat mehrere bestehen (Nachfolgestaaten), haben je vier, drei, zwei oder auch nur eine Stimme.

Silberuf der Saarländer.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat dem in Marseille tagenden internationalen Sozialistenkongress folgendes Ersuchen vorgelegt:

Die saarländische Sozialdemokratie lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf das vom Völkerbund verwaltete Saargebiet. Hier herrscht ein von der Regierungskommission im Einvernehmen mit dem Völkerbund vorordnetes Wahlrecht, durch das ein großer Teil der Bevölkerung nicht die Wählbarkeit zum Saarparlament besitzt. Das passive Wahlrecht ist zu einem Privileg der im Saargebiet Geborenen erklärt worden. Der Landesrat (Saarparlament) hat nur das Recht der Begutachtung. Die Abgeordneten genießen keine Immunität. Wir bitten den Kongress, seine Delegierten zu beauftragen, in allen Ländern die Aufmerksamkeit auf das Saargebiet zu lenken und dafür zu wirken, daß diesem einzigen Verwaltungsgebiet des Völkerbundes ein wirklich demokratisches Regime gegeben wird.

Durch diese Eingabe bringen die saarländischen Sozialdemokraten zum Ausdruck, daß sie eine durchgreifende Besserung der rückständigen politischen Zustände im Saargebiet vor allem von dem Eingreifen der internationalen Sozialdemokratie erwarten. Diese Hoffnung ist besonders berechtigt durch die Tatsache, daß es ein Sozialist — und zwar der leider verstorbene schwedische Minister Branting — war, der stets in den Sitzungen des Völkerbundsrates mit großer Wärme und Energie die Interessen der Saarbevölkerung vertreten hat.



Dr. Eckener, der das Zeppelin-Luftschiff Z R III im Triumpflug von Deutschland nach Amerika führte.

Deutsche Zeppelinspende.

Zur Anschluß an die Jubiläumfeier des Zeppelin-Luftschiffbaus wird ein Aufruf zu einer Volksspende für den Bau eines neuen Zeppelin-Luftschiffs verbreitet, das der

Erforschung des Nordpolgebiets dienen soll. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Deutsche! Schon einmal hat ganz Deutschland von der Remel bis zum Bodensee in einmütiger Begeisterung das Werk Zeppelins, das ein Wahrzeichen des Willens, der Sehnsucht und der Größe des Menschengeistes ist, getragen und als Nation fortgeführt. Damals nach Scherdingen. Wieder ergeht der Ruf, dieses Werk, das Gemeingut des deutschen Volkes, nicht untergehen zu lassen und die Schöpfung Zeppelins der wissenschaftlichen Forschung dauernd zu erhalten.

Wir alle wissen, wie es vor einem Jahre war, als Z. R. III, „das glückhafte Schiff“, über Deutschland flog und wie dann eine Welt voll Spannung und Bewunderung die Fahrt nach Amerika durchlebte. Aus dem armen, bedrängten und gescheiterten Deutschland stieg eine der größten Kulturthaten frei und leuchtend empor. Wir haben es erlebt. Das Echo der ungeheuren brüderlichen Begeisterung Amerikas, als Z. R. III über Neuhort erschien, flog nach Deutschland zurück. Der Zeppelin und sein Führer, Dr. Eckener, hatten eine große, stolze Leistungsaufgabe erfüllt. Zum erstenmal nach trüben und bitteren Jahren erwarb sich der deutsche Name wieder Geltung und Ruhm. Deutschland hatte eine Weltleistung vollbracht, die klar und unbestechlich für seinen Willen zum Aufstieg und zur friedlichen Kulturarbeit sprach.

Die Tat hat der Luftschiffbau Zeppelin, Dr. Eckener und die tapfere Besatzung vollbracht. An uns ist es, zu danken.

Die Welt in Friedrichshafen will ein neues Luftschiff bauen, das gewaltige wissenschaftliche Probleme lösen soll: Aufsuchen des Nordpols. Erforschung der Arktis. Das Schiff soll aber auch den Widerstrebenden den Beweis bringen, den wir alle beim Fluge des Z. R. III schon empfunden und gewußt haben, daß diese deutsche Erfindung das großartigste Verkehrsmittel unserer Zeit ist. Länder werden nähergerückt, Meere sind überbrückt, Zukunftsträume der Menschheit werden Wahrheit.

Wenn wir die Energie aufbringen, das Werk in Friedrichshafen fortzuführen, werden deutsche Technik und deutscher Wagemut wieder Weltgeltung erringen. Eine „Zeppelin-Eckener-Spende des deutschen Volkes“ muß die erforderlichen Mittel schaffen! Es handelt sich um eine Angelegenheit Deutschlands ohne Unterschied der Partei oder der sozialen Stellung; es geht den geistigen Arbeiter ebenso an wie den Mann am Amboss und Pflug.

Wir wissen, daß Deutschland gegenwärtig schwere Zeiten durchlebt. Aber das Vertrauen auf den Idealismus des deutschen Volkes gibt uns die Zuversicht, daß kein Volksgenosse abseits stehen wird, wenn der Ruf an ihn ergeht. Gerade der Gedanke, daß jeder sein Scherlein gibt, muß die Bedeutung dieser Volksspende ausmachen. Wirklich arm ist nur ein Volk, das seinen Pfennig mehr für ideale und kulturelle Zwecke übrig hat, seine geistigen und technischen Kräfte verfallen läßt. Wir haben den Willen und das Recht, als Kulturnation zu leben. Die Volksspende soll diesen Willen und das Bewußtsein unserer geistigen Freiheit neu beleben.

Es geht um das Erbe von Zeppelin, um eine große, leuchtende deutsche Idee.

Der Aufruf trägt unter vielen andern die Unterschriften Leiparts für den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, des Reichstagspräsidenten Lobe und die Unterschrift des Vorstandesmitgliedes der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller (Franken). Ferner unterzeichnete Gerhart Hauptmann, Reichsbankpräsident Schacht, Professor Schüding und viele andre aus allen Kreisen der Bevölkerung.

Bücher für die Jugend.

Abenteuererzählungen.

Solche Geschichten lesen und sie nachempfinden, das ist etwas für den Jungen, der mit seinen zwölf Jahren selbst ein Abenteuerer sein möchte. Dieses Sehnen nach heldenhaftem Erleben ist durchaus natürlich. Hat nicht gerade die Jugend mit großem Interesse immer wieder wirkliche Abenteuer- und Entdeckungsfahrten verfolgt? In letzter Zeit war Amundsen der Held des Tages auch für die Schuljugend. Der Nordpol: welche Fülle von Vorstellungen löst dieses Wort aus. Die gefährlichsten, spannendsten und darum so herrlichen Entdeckungsfahrten durch Arktis, nach Afrika, ins Wunderland Indien hinein zu unternehmen, wenn's auch nur im Geiste ist, das ist der geheime Wunsch so mancher Jungen. Bücher, die ihn an solchen Fahrten teilnehmen lassen, gibt es genug.

So gibt Amundsen, dessen Name vor einigen Wochen Spannung, Erwartung und dann Bewunderung auslöste, in verschiedenen besten Schilderungen seiner Erlebnisse.

- Amundsen: Entdeckung (Schaffens grüne Bändchen), Preis 50 Pfennig.
Bei den Eskimos der Nordwestpassage (Bunte Bücher Nr. 122).
Über den Ferkelsgletscher zum Südpol (Bunte Bücher Nr. 124), Preis 20 Pfennig.
Einen fesselnden Bericht über den ersten kühnen Versuch, auf Schneeschuhen zum Pol vorzudringen, bringt Manjen in seinen Berichten, die auch in billigen Ausgaben vorliegen:
Manjen: Im Rast und Eis (Westermann), 2,50 Mark.
In Eis begraben (Welt), 1,20 Mark.
Auf der Nordpolfahrt (Deutsche Jugendbucherei Heft 28 und 29, je 20 Pfennig).

Auch die Abenteuer und Entdeckungen eines Sven Hedin werden sehr gern gelesen. Das Beste für unsere Jugend bieten wohl die 3 Bände „Von Pol zu Pol“ (Brochhaus). Freudig gespannt folgen wir ihm von der einen Hälfte der Erdkugel zur andern, ziehen mit ihm nach dem Orient, nach Persien und Indien, der Quelle der alten Märchen usw. eben „Von Pol zu Pol“. Die Bücher geben nicht nur Erlebnisse, sondern auch sehr schöne Schilderungen der Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völker, die der Forscher auf seinen Reisen kennenlernte. Da jeder Band 4 Mark kostet, seien auch billigere und ebenfalls sehr gute Bücher von ihm an dieser Stelle aufgeführt:

- Sven Hedin: Entdeckungen und Abenteuer in Tibet (Welt), 1,20 Mark.
Über den Transhimalaja (Grüne Bändchen Nr. 8), 50 Pf.
Dem Untergang nahe (Grüne Bändchen Nr. 30), 50 Pf.
Som Tod und droht (Bunte Bücher Nr. 120), 20 Pf.
Am Hüllloch des Ngari-tiangpo (Bunte Bücher Nr. 136), 20 Pfennig.
Auf Schleichwegen durch Tibet. (Deutsche Jugendbucherei Nr. 54), 20 Pfennig.

Und noch kurz sei ein Mann erwähnt, der im tiefsten Sinne des Wortes Abenteuerer ist in seinen Adern hat, das ist Jack London, dessen Werke erst jetzt langsam Eingang in Deutschland finden.

Ganz jung noch wird er hineingerissen in den tollen Strudel des Lebens. Aber er läßt sich nicht unterkriegen. Ob er als Aufkämpfer in der Nacht von San Francisco ein gefährlicher Feind für die Küstenpolizei ist oder als blinder Raubgier auf Heberlandzügen die Staaten durchquert, um dann wieder auf der Schulbank Platz zu nehmen, weil er studieren möchte, er bleibt seiner Natur treu, bleibt weisheitshaft: Jack London. Die vielen Bücher, die er geschrieben hat, versuchen meisterhaft sein Erleben und Fühlen in Worte zu fassen.

Die Geschichte des Hundes Bud „Wenn die Natur ruft“ (Sponholz), 1,20 Mark

berichtet, ein wahres Jugendbuch zu werden. Außerdem seien von ihm empfohlen:

Eine Beute der Wölfe (Deutsche Jugendbucherei Nr. 78), 20 Pf., entnommen dem größern Werke „Wolfsblut“ (Zehnfach), 5 Mark,

und „Vor Adam“ (Frankh), etwa 3 Mark.

Es ist natürlich unmöglich, mit einem Male alle guten Abenteuererzählungen und Reiserlebnisse anzuführen. Aber schon die wenigen hier gekennzeichneten Bücher können die Jugend den vielen Schund vergehen lassen, den sie heute noch verschlingen.

Diese Bücher können durch die Buchhandlung Volksstimme bezogen werden.

Gebrauchsgraphik, Monatschrift zur Förderung künstlerischer Reflexe, herausgegeben von Professor Dr. H. Jenzel (Verlag Schönig, Illustrationsdruck und Verlag G. u. H. Berlin SW 68, Bezugspreis vierteljährlich 10 Mark). Von dieser Monatschrift sind kürzlich zwei weitere Hefte, und zwar Nr. 10 „Wege und Ziele“ und Nr. 11 „Der Verlegererband“ erschienen. Niemand beherrscht die Reflexe das öffentliche und private Leben mehr als heute. Aber es zeigt sich, daß ihre Wege und Methoden zum Teil recht veraltet und unrationell sind. Millionen werden jährlich für nutzlose Propaganda ausgegeben. Heberall sucht man nach neuen Erklärungen und neuen Wegen, die zu fördern sich das Heft Nr. 10 zur Aufgabe stellt. Heft Nr. 11 „Der Verlegererband“ zeigt eine umfassende Sammlung künstlerisch hochwertiger moderner Bucheinbände, begleitet von bemerkenswerten lexikalischen Beiträgen, wie Dr. Wilhelm Dearneborg „Das gute Buch“, Stephan Baumgart „Bucheinbände von Albert Fuß“, Ernst Gollin „Der Verlegererband“, Professor Hugo Steiner „Buchhändler und Bucheinband“, u. a. Diese einzigartige Publikation über das schöne Buch wird nicht nur den Fachmann, sondern auch jeden Bücherfreund erfreuen und ihm nützliche Anregungen bieten.

Ein originelles Preiswettbewerb. Die „Musical Fund Society“ in Philadelphia hat ein internationales Preiswettbewerb für Kammermusikwerke erlassen und dafür drei Preise von 5000, 3000 und 2000 Dollar ausgesetzt. In Betracht kommen sollen Werke für drei bis sechs Instrumente, unter denen sich auch das Klavier befinden darf, jedoch Gesangsstimmen ausgeschlossen sind. Die Bewerber sind berechtigt, mehrere Werke einzurücken und gegebenenfalls auch mehrere Preise zu erhalten. Besonders eigenartig mutet die Bestimmung an, daß es den Komponisten freigestellt wird, bei der Einreichung eines Manuskripts ausdrücklich anzugeben, daß sie sich nur um den ersten Preis bewerben, also ihr Werk von vornherein für den zweiten oder dritten Preis ausschalten. Um ein wirklich wertvolles Resultat des Wettbewerbs zu erzielen, soll die Frist für die Einreichung eines Kammermusikwerkes bis zum 31. Dezember 1927 ausgedehnt werden. Es bleibt abzuwarten, ob unter diesen Bedingungen ein glücklicher Erfolg erzielt wird, als es im allgemeinen bei Preiswettbewerben der Fall ist.

Japanische Kunst. Die Japaner hatten sich bis vor etwa 50 Jahren völlig von der Welt abgeschlossen; nur den wenigsten Europäern gelang es, die Inseln der aufgehenden Sonne zu betreten. So wissen wir heute über die Vergangenheit des Landes verhältnismäßig wenig. Daß aber Kunst und Kultur schon auf eine lange Vergangenheit zurückzuführen können, sehen wir aus den vielen prachtvollen Kunstwerken, die, obwohl viele Jahrhunderte alt, heute noch dem Land ihr Gepräge geben. Wie wir dem „Kleinen Brochhaus“ (die fünfte Lieferung ist schon erschienen) entnehmen, hat Japan schon lange vor uns eine hochentwickelte Kunst besessen, und zwar bereits im 7. Jahrhundert. Chinesen und Koreaner führten damals große Bauten auf, Tempel, Klöster, Paläste sowie herrliche Buddhastatuen, die der Besucher des Landes heute bewundert. Die Malerei der Japaner hat von Anfang an ihre Eigenart bewahrt. In erster Linie besaß sie sich mit Darstellungen aus Sage und Geschichte des Landes. Ein japanisches Gemälde sieht sehr zart aus, denn der Japaner malt nicht auf Leinwand oder Holz, sondern auf Seide oder dünnes Papier. Wenn das Bild, der sogenannte Kakekoma, fertig ist, wird es nicht eingerahmt wie bei uns, sondern mit Profanen umsäumt und zwischen zwei wagerechte Holzstäben gespannt; der Kakekoma kann zusammengewickelt aufbewahrt werden, wenn man nicht vorzieht, ihn im Zimmer aufzuhängen. Der „Kleine Brochhaus“ bringt eine schöne farbige Wiedergabe eines Kakekoma's. Besonders interessant sind die Erzeugnisse des japanischen Kunsthandwerks, wie die Ketsute (sprich: Ketsche), in Holz oder Eisenblech geschmiedete kleine Bildwerke, die vor allem Gestalten aus der japanischen Mythologie darstellen, No-Masken, Goldmalerei usw. Alle, die nicht in der Lage sind, sich den hierbändigen Brochhaus anzuschaffen, werden zum „Kleinen Brochhaus“ greifen, zumal der Preis äußerst niedrig bemessen ist, und durch das Erscheinen in zehn Lieferungen die Anschaffung erleichtert wird. Auch ein billigerer Subskriptionspreis ist festgesetzt, der aber im September dieses Jahres erlöschen wird.

**Baugewinne.**

Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Dividende demgemäß auch die Dividendenlosigkeit durchaus nicht ohne weiteres ausweist, wieviel ein Unternehmen verdient, oder daß es Verluste gehabt hat.

Die Dividende ist immer nur ein Teil des Reingewinnes gewesen, und der Reingewinn ist ein Teil des Roh- oder Bruttogewinnes. Von den Betriebseinnahmen steht das kaufmännisch richtig geleitete Unternehmen vor allem seine mehr oder weniger umfangreichen Abschreibungen ab. (Die stillen Reserven werden gebildet, bevor der Rohgewinn ausgewiesen wird!) Neben den Abschreibungen werden aus dem Rohgewinn die Steuern und sozialen Abgaben gedeckt. Was dann übrigbleibt, das ist der sogenannte Reingewinn. Aus diesem Reingewinn werden die Vorzugsdividenden, die Lantien und Gratifikationen gezahlt, Sonderüberweisungen vorgenommen usw. usw., ebenso entlastet der manchmal recht beträchtliche Vortrag auf das neue Jahr aus dem Reingewinn. Im übrigen wird auch ein Teil des Reingewinnes als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet.

Was wir hier eben schilderten, das ist der Normalfall, gewissermaßen die übliche Form, nach der, in jedem einzelnen Falle verschieden, die Aktiengesellschaften schon immer, entsprechend ihren speziellen Bedürfnissen und ihrer sonstigen Einstellung zum Aktionär und zur Dividende, die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung gestalten.

Nach der Stabilisierung ist es üblich geworden, so weit als irgend möglich auf Dividendenauszahlung überhaupt zu verzichten!

Die Gründe dazu sind von sehr verschiedener Art. Es gibt Aktiengesellschaften, die aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten meinen, es sei besser, den Reingewinn im Betrieb zu behalten, als ihn irgendwelchen rein spekulativ eingestellten, völlig betriebsfremden Aktionären zufließen zu lassen. Andre Aktiengesellschaftsleitungen sind wieder der Auffassung, daß es heute nun mal zum kapitalistisch guten Ton gehöre, keine Dividende zu verteilen und zu klagen. Außerdem treibt das den Steuereinnahmer leichter aus dem Hause und Dividendenlosigkeit bremsen die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Sicher gibt es auch eine ganze Reihe Unternehmen, denen es wirklich schlecht geht — man braucht nur an die Stinnes-Automobil-A.G. zu denken. Aber ebenso richtig ist es, daß es eine erhebliche Anzahl von Aktiengesellschaften gibt, die auch im vergangenen, wirtschaftlich sicher nicht einfachen Jahre recht gut verdient haben.

Wir nehmen heute zwei Abschnitte aus dem Baugewerbe zur näheren Betrachtung als Beispiel:

Die Julius Berger Tiefbau-A.G., Berlin, ist kein unbekanntes Bauunternehmen. Ihr Firmenjahr ist überall in Deutschland, ja in ganz Europa zu finden. Die Julius Berger Tiefbau-A.G. hat im Geschäftsjahr 1924 ganz beachtliche Abschreibungen auf Maschinen, Geräte, Ersatzteile und Betriebsstoffe aus dem normalen Betriebsgewinn zu machen vermocht. Dabei war das Unternehmen am Jahresabschluss 1924 ohne Bankschulden, ja es hatte sogar ein Bankguthaben in Höhe von 820 000 Mark — dieses Guthaben war ganz erheblich höher als selbst 1913 (553 000 Mk.). Am 1. Januar 1924 betrug es sogar nur 98 000 Mark!

Die Julius Berger A.-G. hat im Jahre 1924 1,6 Millionen Mark Reingewinn gehabt. Davon sind die Steuern und die Abschreibungen (592 000 Mark oder rund 17 1/2 Prozent des gesamten Aktiendividends) gedeckt worden. So verblieb ein Reingewinn von 764 000 Mark.

Aus diesem Reingewinn sind an die Aufsichtsratsmitglieder 65 000 Mark, und an die übrigen leitenden Beamten (Direktoren, Produktionschefen usw.) 140 000 Mark Lantien und Gratifikationen verteilt worden. Von dem verbleibenden Rest des Reingewinnes konnten dann die Aktionäre immerhin noch 15 Prozent Dividende erhalten!

In der Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft betonte die Geschäftsleitung ausdrücklich, daß in dem Ergebnis des Jahres 1924 keine Gewinne aus den riesenhaften und besonders günstigen Auslandsaufträgen enthalten seien! Danach ist also das Ergebnis so mangelhaft dastehende Inlandsgeschäft des Jahres 1924 doch nicht ganz so mangelhaft gewesen, als es im allgemeinen immer hingestellt wird.

Als zweites Beispiel sei hier aus der Baubranche noch auf die H. Zühlke u. Co. A.-G., Stuttgart, hingewiesen.

Die H. Zühlke u. Co. hat Ende 1924 beschlossen, ihr Geschäftsjahr von 450 000 Mark auf 850 000 Mark zu erhöhen. Es ist ersichtlich, wie reichhaltig diese Erhöhung um nahezu 100 Prozent vor sich gegangen ist. Die jungen Aktien sind in diesem Frühjahr von den alten Aktionären mit 5 Prozent über dem Nominalwert übernommen und bezahlt worden.

Bei einem Vergleich des Jahresabschlusses mit der Goldmarkstoffausgabe, bei einem Vergleich also, der die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1924 umspannt, ergeben sich verblüffende Feststellungen.

Die H. Zühlke u. Co. vermachte während des Jahres 1924 ihre Aktienbesitzer um den Betrag von rund 100 000 Goldmark zu bereichern: ihre Robotten, Maschinen und Geräte, ihre Betriebe an Bauwerken und ihre Guthaben zeigen sämtlich ganz erhebliche Steigerungen. Es geht überhaupt kaum einen Aktiengang der Bilanz, der sich bei dieser Geschäftsjahres vergangenem Jahre nicht erheblich verbessert hätte. Dabei sind aus dem Reingewinn rund 15 Prozent des sonstigen Aktiendividends an Abschreibungen möglich geworden. Der Rest verblieb...

Reingewinn in Höhe von 77 000 Mark bei den Aktionären außerdem noch 12 Prozent Dividende eingezahlt.

Im übrigen hat die H. Zühlke u. Co. im vergangenen Jahre aus ihren laufenden Einnahmen auch noch die sämtlichen Aktien einer Bauunternehmung...

Selbstverständlich geht es aber auch allen Bauunternehmungen so, wie bei den beiden, die hier näher untersucht wurden, als es auch jetzt in der Bauindustrie vielfach merkwürdige Betriebe gibt. Aber man sollte über der ewigen Zurückhaltung der Aktiengesellschaften doch nicht vergessen, daß es daneben auch heute noch viele reiche Aktiengesellschaften gibt, die kaum noch weniger, als sie mit ihrem Kapital für...

Kurt Heine.

**Aus der Gewerkschaftsbewegung.**

**Zurück zum Bergarbeiterverband.**

Der Bergarbeiterverband teilt mit: Schon in der Vormoche haben auf Wunsch der Leitung der Bergbau-Union mit dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes Verhandlungen über den Eintritt der Mitglieder der Union in den Bergarbeiterverband stattgefunden. Der Gesamtverband des Bergarbeiterverbandes hat am 23. d. M. zu dieser Frage Stellung genommen und Richtlinien aufgestellt, die für den Uebertritt der Mitglieder der Union zum Verband maßgebend sein sollen. In diesen Richtlinien ist den Wünschen der Union weitestgehend entgegengekommen. Am Dienstag fand eine neue Besprechung zwischen den Vertretern der Union und des Bergarbeiterverbandes statt.

Da völlige Uebereinstimmung erzielt wurde, so kann mitgeteilt werden, daß der Uebertritt der Mitglieder der Union zum Bergarbeiterverband bis zum 19. September in den einzelnen Verbandsabteilungen erfolgt sein muß. Nach dem 19. September werden Uebertritte nicht mehr angenommen, sondern es können dann nur noch Neuaufnahmen in Frage kommen. Die Mitgliedsbücher sind den zuständigen Ortsverbänden des Verbandes zu übergeben. Die Bücher werden dann zur Ausfertigung neuer Mitgliedsbücher an die Geschäftsstelle des Verbandes weitergegeben.

Ueber früher ausgeschlossene wird nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts verfahren, jedoch soll diese Bestimmung loyal angewandt werden und entscheidet auf Antrag der Geschäftsstelle des Verbandes über die Wiederaufnahme. Wenn loyal soll in solchen Fällen, wo die Geschäftsstellen des Verbandes gegen den Uebertritt einzelner Mitglieder der Union etwas einzuwenden haben, verfahren werden. Auch in diesen Fällen ist die Entscheidung des Verbandsvorstandes anzurufen.

Ausdrücklich wird bestimmt, daß die übertretenden Mitglieder der Union das Verbandsstatut und die Generalversammlungsbeschlüsse anerkennen. Bestenfalls zur Arbeitskammer, zum Vergewerksbegericht, Knappschaftskasse und Betriebsratsmitgliedern bleiben in ihren Funktionen.

Schließlich ergeht der Appell an alle Mitglieder der Union des Verbandes, den Uebertritt in kameradschaftlichem Geiste zu vollziehen und durch gemeinschaftliche Arbeit und Agitation den letzten Bergmann dem Verband zuzuführen. Den Geschäftsstellen und Geschäftsstellen des Verbandes werden noch nähere Anweisungen zugehen.

**Als Schädling erkannt.**

Dem Vorsitzenden des Braunschweigischen Beamtenbundes, Brandes, wurde von fast sämtlichen Vertretern der einzelnen Beamtengruppen das Vertrauen entzogen. Brandes ist volksparteilicher Landtagsabgeordneter. Als solcher gab er seine entscheidende Stimme gegen mehrere im Landtag gestellten Anträge ab, die Gehaltserhöhung, Beendigung des Personalabbaues und Anhören der Beamtensetzungen zum Gegenstand hatten. Es wird ihm der Vorwurf gemacht, daß er sich mit dieser Stellung in hartem Widerspruch zu der Politik des Deutschen Beamtenbundes befindet. Brandes hat sein Amt sofort niedergelassen.

Wie hier in der Gewerkschaft, so werden die empfindlichsten Wähler der Volkspartei und der Deutschnationalen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Rechenschaft fordern und den erkrankten Schädlingen der Volkspartei die Gefolgschaft aufkündigen.

Der Schlichter im Eisenbahnstreik. Als Schlichter für die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes zwischen der Reichsbahn-Gesellschaft und den Eisenbahnerorganisationen, die sich am Sonnabend an den Reichsarbeitsminister um Vermittlung gewandt haben, ist der frühere Oberbürgermeister von Nienburg, Pethen, bestellt worden. Die Vorbesprechungen für die Schlichtungsverhandlungen finden Donnerstag vormittag 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium statt.

Internationaler Kongreß der Lehrergewerkschaften. Der internationale Kongreß der Lehrergewerkschaften begann seine Arbeit am Dienstag im Größler Volkshaus. Vertreter sind Deutschland, Frankreich, England, Desterreich, Italien, Rußland, Jugoslawien, Portugal und Belgien. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Kongreß einstimmig eine Sympathieerklärung für die streikenden Metallarbeiter und Schuhmacher Belgiens und die französischen Parianarbeiter an. Außerdem beschloß der Kongreß, den Streikenden auch materielle Hilfe anzubieten.

Polen kämpft um ausreichenden Lohn. Die Folgen der Inflation machen sich in Italien in jüngster Zeit mehr und mehr durch Lohnkämpfe bemerkbar, so daß der Ministerpräsident in die Lohnkämpfe eingreifen mußte. Er besprach sich längere Zeit mit dem Präsidenten des Allgemeinen Industriellenverbandes und ferner mit dem Leiter der polnischen Gewerkschaften. Dieser erklärte, daß seine Organisation einen Kampf um Lohnerhöhung einleiten wolle, der infolge der Preisermittlung und der Einführung der Getreidezölle notwendig geworden sei. Die Reichsregierung hat der Unternehmer hört also am Geldbeutel auf.

**Nachrichten aus der Provinz.**

**An alle Jungsozialisten!**

Der Bezirksauschuß der Jungsozialisten beruft zum Sonntag den 6. September, vormittags 10 Uhr, nach Magdeburg eine

**Genkonferenz**

aller Jungsozialisten des Bezirks Mittelde. Tagungsort ist der Stadtschulmeister-Sitzungsraum im alten Rathaus. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Vortrag.
- 2. Ueber die Bewegung.
- 3. Wahlen.

Jede Jungsozialistengruppe im Bezirk muß einen Delegierten mit Mandat zur Konferenz entsenden. Es sind aber außerdem alle anderen Mitglieder der Gruppen und alle einzelstehenden Jungsozialisten herzlich willkommen. Anmeldungen an den Unterzeichner sind erwünscht.

**Der Bezirksauschuß.**

A. A. Reiserfeld, Magdeburg, Gr. Ringstraße 3.

**Sonntagsfahrgang Brandenburg—Wernigerode.**

Die uns die Preisliste der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, wird am Sonntag den 30. August bei geübter Beteiligung ein Sonderzug 4. Klasse mit 3 1/2 u. 5. Fahrpreisklasse von Brandenburg nach Wernigerode gefahren. Einpreisermäßigungen zu diesem Tage sind Brandenburg, Anhalt, Groß-Burg, Gersteln, Burg. Die Besetzung ist Wernigerode, jedoch gelten die Sonderregeln auch zur Fahrt nach Halle, und zwar von Halberstadt ab mit gleichzeitigen Zügen. Die Fahrpreise sind folgende: Von Brandenburg nach Wernigerode oder Halle 7,20 Mark, von Anhalt 6,90 Mark, von Groß-Burg 6,60 Mark, von Gersteln 6 Mark, von Burg 5,70 Mark.

**Fahrplan**

Sinfahrt	ab	Brandenburg	an	Wernigerode
628	vorm.	ab	an	1022
630	"	"	"	1021
645	"	"	"	1021
701	"	"	"	925
780	"	"	"	815
906	"	"	"	724
910	"	"	"	615
1000	"	"	"	805
915	"	"	"	725
965	"	"	"	

In Wernigerode bestehen Anschlüsse nach und vom Broden. Die Fahrkarten sind bei den Fahrkartenausgaben der genannten Einsteigestationen zu haben. Sollte der Zug wegen ungenügender Beteiligung ausfallen, so wird das volle Fahrgeld ohne jeden Abzug zurückgezahlt.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach der Ankunft in Wernigerode ein Ausflug über Steinerne Renne nach den Hühnerschlappen und zurück über Drei-Annen-Höhne nach Wernigerode unter ortskundiger Führung in Aussicht genommen ist. Bis Steinerne Renne und ab Drei-Annen-Höhne mit der Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn (Drei-Annen-Höhne ab 2.00 Uhr nachmittags). Nach dem Mittagessen in Wernigerode (Beteiligung freiwillig) ist Besichtigung des Schlosses und eine Wanderung in das Christental geplant. Die Führung sowie die Fahrt auf der Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn erfolgt zu ermäßigten Preisen. Anmeldungen zu diesem Ausflug nehmen die betreffenden Fahrkartenausgaben sofort bei Lösung der Fahrkarte entgegen.

Der Bürgermeister von Elbingerode bei Wernigerode teilt uns mit, daß die Nachricht, die durch die Presse geht, in Elbingerode im Harz sei eine Typhusepidemie ausgebrochen, falsch ist. Elbingerode im Harz, oberhalb Wernigerode gelegen, ist mit seinen Trinkwasserbedingungen völlig gesund und kann zu einem Erholungsbesuch empfohlen werden.

**Kreis Wanzleben.**

Groß-Otterleben. Die Ausgabe der Scheine für die Kohlenlieferung an Kriegshinterbliebene erfolgt vom Donnerstag bis Montag im Rathaus, Unterstützungs-bureau. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

**Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.**

Kolbitz. Achtung, Parteigenossen! Am Sonnabend den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftsraum eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Es müssen wichtige Arbeiten besprochen werden, deshalb erwarten wir die Teilnahme aller Mitglieder der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners. Wir bitten, diesen Tag der Partei zu überlassen und keine andere Veranstaltung zu treffen. Referent ist Parteisekretär Bernick.

Neuhaldensleben. In großer Lebensgefahr befanden sich die Kinder des früheren Betriebsleiters der Karloff-Holzenfabrik. Unberufene Hände hatten der Familie des Betriebsleiters insofern einen bösen Streich gespielt, als sie die Deckung des Bohrturms mit eisernen Platten und Lehm verstopften. Als am frühen Morgen in der Küche Feuer angemacht wurde, füllten sich die Wohnräume stark mit Rauch. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß die Kinder noch rechtzeitig aus dem Schlafe geholt und an die Luft gebracht werden konnten, sonst wären sie erstickt. — Vieh- und Krammmarkt. Es waren 635 Stück Vorkentiere aufgetrieben. Die Preise stellten sich für 12 Wochen alte Ferkel auf 18 bis 30 Mark, für 3 bis 5 Monate alte Ferkel auf 30 bis 75 Mark und für Futtergänse auf 70 bis 150 Mark. Der Umsatz war gut; der Markt wurde ziemlich geräumt. — Steuern. Der Magistrat erläßt eine Aufforderung, die rückständigen Steuern (Grundvermögens-, Hauszins-, Gewerbe-, Hundesteuer, Kanalgebühren), soweit nicht ausdrücklich Stundung gewährt worden ist, innerhalb dreier Tage an die städtische Steuerkasse (Rathaus, Zimmer 3) zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt Zwangseinzahlung auf Kosten des Steuerpflichtigen. — Gesangs-konzert. In Pergang großem Festgarten findet am Sonnabend abends 8 Uhr bei bengalischer Beleuchtung ein Gesangskonzert des Arbeiter-Gesangsvereins Einigkeit statt. Der Männerchor des Gemischten Chors werden ersichtliche Lieder zum Vortrag bringen.

**Kreis Salze.**

Esgerdorf. Die republikanische Kundgebung, verbunden mit der Fahnenweihe des Reichsbanners, wurde am Sonnabend mit einem imposanten Fackelzug von 200 Fackelträgern eingeleitet. Die Reinführer Kameraden trafen in Laßkraftwagen ein. Im Festlokal hielt Kreisleiter Burmann die Feuerrede. Der Arbeiter-Gesangsverein sowie die Arbeiterjugend von Esgerdorf und Schönebeck schmückten den Abend durch ihre Vorbereitungen aus. Der Gedruf am Sonntag früh wurde durch drei Musikkapellen ausgeführt. Das Dorf prangte im Festkleid. Trotz des Regenwetters rückten von allen Seiten die Kameraden mit Musik an. Mittags lachte sich das Wetter auf. Hellblauer Himmel und Sonne lachte herab. In froher Festesstimmung nahmen die Kameraden um 3 Uhr Aufstellung zum Fackelzug. Tausend Reichsbannerkameraden marschierten zum Gemeindeplatz, wo nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden die Weihe der Fahne durch den Kameraden Pape (Magdeburg) vorgenommen wurde, nachdem die Versammelten der Toten ehrend gedacht hatten. Die Ueberreichung von Fahnenstreifen und Fahnenägeln sowie Gesangsvorträge bildeten den Schluß des Festes. Dann marschierte der Zug, in dem 17 republikanische Fahnen im Winde flatterten, zum Festlokal, wo die Kameraden in der üblichen Weise gemütlich und kameradschaftlich noch einige Stunden beisammenblieben.

Der Kleingarten- und Nachlandder-ein feste sein Stiftungsfest. Die Gäste aus dem Bruderverein Salze waren zahlreich erschienen. Der Blumenreigen, welcher von 24 kleinen Mädchen aufgeführt wurde, fand den Beifall aller Anwesenden. Die Kinder waren mit Freude und Eifer bei der Sache. Die Gartenfreunde blieben nach der Ansprache des Vorsitzenden Claus noch lange gemütlich beisammen. Das Kinderfest am Sonntag wurde leider durch den Regen gestört. Erst um 3 Uhr konnten die 120 Kinder bei schönem Wetter draußen im Garten ihr Fest abhalten. Die Leitung des Vereins hatte keine Mühe gescheut, den Kindern frohe Stunden zu bereiten. Nur allzu schnell ging die Zeit hin. Aber den frohen Gesichtern der Kleinen sah man an, daß sie mit dem Feste sehr zufrieden waren.

**Stadtkreis Uchersleben.**

Uchersleben. Die Stadtschulordnenden-Versammlung hielt am 24. August eine außerordentliche nicht öffentliche Sitzung ab. Es wurden nur drei Personalangelegenheiten erledigt. Die wichtigste war der Abbau des ehemaligen Stadtrats Schmalz. Dieser hat gegen seinen Abbau „Einpruch“ eingelegt. Gesetzlicher Bestimmung zufolge muß die „Anstellungsbeförderung“ dazu Stellung nehmen. Es kann allerdings zweifelhaft sein, ob damit die Stadtschulordnenden-Versammlung gemeint ist. Im aber jeden Fall fehlerhaft anzunehmen, wenn die Stadtschulordnenden-Versammlung nochmals zur Sache Stellung. Demzufolge beschloß diese Versammlung zum drittenmal den Abbau Schmalzes und die Zurückweisung seines Einpruchs.

**Neu Republikanischer Tag**  
Fahnenweihe am Sonntag den 30. August  
Republikaner, auf nach Uchersleben!  
Die Durchführung.

Kreis Gerichtshof 1.

Im Wiederitzer Gemeindeparlament.

Die Gemeindevertreter-Sitzung war trotz der kurzen Tagesordnung recht bedeutungsvoll. Der Neubau der Schweinebrücke im Straßenzug Wiederitz-Magdeburg stand zur Verhandlung. Der Forstfiskus hat sich erboten, 4000 Mark zum Neubau zuzusteuern, dabei geht er von der Auffassung aus, daß der Neubau in Holzkonstruktion genüge. Die Verkehrsverhältnisse zwischen Magdeburg und Wiederitz bedingen jedoch eine Brücke, die massiv ausgeführt werden muß. Es sind 16 000 Mark hierfür in Anschlag gebracht. Es wurde beschlossen, den Bau der Brücke den Anschlägen entsprechend auszuführen und die 4000 Mark Beihilfe der Regierung anzunehmen unter Verzicht auf weitere Ansprüche. Der Bau der Brücke ist der Magdeburger Bau- und Kreditbank übertragen und wird schnellstens in Angriff genommen werden.

Der Gastwirt Weber hat einen Restaurationsbetrieb für die dort an der „Gemeinheit“, einem Abschnitt der Ghle, badenden eingeregelt und eine Brücke über die Ghle errichtet. Die Gemeindevertretung beschloß, beim Kreisaußschuß Einspruch zu erheben, da die Interessen der Gemeinde gefährdet sind.

Bei der Besprechung des Bauens eines Vierfamilienhauses, das mit Hilfe der Hauszinssteuerhypothek von der Gemeinde errichtet werden soll, entwickelte sich eine längere Debatte. Genosse Blum rügte, daß der Bau nicht früher in Angriff genommen wurde, und erhob gegen den Gemeindevorsteher den Vorwurf, daß die Förderung des Baues nicht mit der genügenden Energie betrieben, ja unnützlich hinausgezögert worden sei. Der Gemeindevorsteher Ende Mai die Mittel zur Verfügung, auch lag längst vorher der Beschluß der Gemeindevertretung zum Bau des Hauses vor. Die Vorarbeiten konnten inzwischen erledigt sein. Erst jetzt sind die Bauarbeiten vergeben worden. Der Gemeindevorsteher Raese mann versuchte sich gegen diesen Vorwurf zu rechtfertigen und allemmäßig nachzuweisen, daß die Angelegenheit „im laufenden“ gewesen sei. Schließlich gab er dem Schriftführer auf, den Vorwurf zu Protokoll zu nehmen, nachdem Genosse Blum erklärte, seine Kritik bedeute einen Vorwurf. Der Gemeindevorsteher scheint nicht begreifen zu können, daß man gegen ihn einen Vorwurf erheben und seine Geschäftsführung kritisieren kann.

Dies zeigte sich noch weiter im Laufe der Sitzung. Genosse Blum fragte an, ob von der Gemeindeanleihe von 50 000 Mark schon etwas verbraucht sei und wozu diese Gelder Verwendung gefunden haben. Darauf entgegnete der Vorsteher sehr nervös, daß sei Sache der Verwaltung und gehöre nicht in die Gemeindevertretung. Er könne das nicht wissen, das müßte die Kasse ergeben. Auf die ganz bestimmte weitere Frage des Genossen Blum, ob aus der Anleihe die Prozeßkosten von 12 000 Mark bezahlt seien, die aus dem Prozeß entstanden sind, den die Gemeinde gegen die Elektrizitätsgesellschaft verloren hat, gab der Gemeindevorsteher zu, einen Teil der Kosten aus der Anleihe bezahlt zu haben. Genosse Blum wandte sich scharf gegen ein beratiges Geschäftsgebahren des Gemeindevorstehers, das den Anschein erwecke, als solle die ganze Sache den Gemeindevorstehern gegenüber verheimlicht werden. Die Prozeßkosten waren vor Festsetzung des Stats bekannt, sie hätten unbedingt im Haushaltsplan mit aufgenommen werden müssen. Im betreffenden Titel des Haushaltsplans ist nicht eine Mark eingeseht.

Vorsteher Raese mann erwiderte hierauf lachend, es müßte doch bezahlt werden, wir könnten uns doch nicht wegen der Zahlung verklagen lassen. Genosse Blum beantragte darauf Besprechung seiner schon früher gestellten Anfrage bezüglich dieses Prozeßes. Der schriftliche Bericht, den der Gemeindevorsteher hierüber den Gemeindevertretern gegeben habe, sei eine Entstellung der Tatsachen. Herr Raese mann lehnte die Besprechung ab, weil die Akten bei der Regierung in Magdeburg zur Nachprüfung seien. Die bürgerlichen Vertreter behielten sich zu alledem still. Ihnen scheint es recht zu sein, daß große Summen veranlagt werden, ohne daß die Gemeindevertretung darum gefragt wird. In der Gemeinde preisen es die Spaten von den Dächern und im Bürgerverein werden große Debatten hierüber geführt, nur in der Gemeindevertretung darf man nichts hierüber erfahren. Die bürgerlichen Herren sind stumm und überlassen den Sozialdemokraten die Kritik. Sie lassen es sich gefallen, daß der Gemeindevorsteher Raese mann eine Anleihe von 12 000 Mark mit lachendem Mund abtut und die Gemeindevertretung ausschaltet. Wir Sozialdemokraten werden uns die Kritik nicht unterbinden lassen und dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit richtig unterrichtet wird von den Eigenmächtigkeiten des Gemeindevorstehers.

Ein Antrag einer größeren Zahl Anleger der Breiten Straße, diese Straße zu kanalisieren, mußte abgelehnt werden, da die Mittel hierfür nicht vorhanden sind und eine Kanalisierung in Wiederitz wegen Fehlens der Vorflut schwer durchführbar ist.

Stadtkreis Burg.

Es die Arbeit! Die reaktionären Parteien fühlen sich sehr im Sattel und sie glauben, durch die Wahl des „Kettlers“ sei die Zeit gekommen, um sich an den arbeitenden Schichten des deutschen Volkes zu bereichern. Für sie ist das Wiederankommen Deutschlands und die Besserstellung des werktätigen Volkes eine Schande. Im Wirtschaftsleben sehen wir, daß ein Betrieb nach dem andern seine Pforten schließt und Tausende von Lohn- und Gehaltsempfängern dem Elend überliefert werden. Schuld an diesen Verhältnissen ist eigentlich die Kreditnot und der Kapitalmangel. Wir wissen, daß weder das eine noch das andere schuld ist. Die Arbeiterschaft ist gezwungen, die durch die Zoll- und Steuerunterlagen verteuerten Lebensbedingungen durch schwere Lohnkämpfe wieder auszugleichen. Um das Ziel zu erreichen, sind gute Gewerkschaftsorganisationen notwendig, und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß es sich zur Pflicht machen, seiner Gewerkschaft anzugehören. Aber auch der politischen Partei muß die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nur eine starke sozialdemokratische Vertretung in den maßgebenden Körperschaften wird in der Lage sein, weiteres Unheil von der breiten Masse des Volkes abzuwenden. Jeder Parteigenosse muß es sich in den nächsten Wochen zur Pflicht machen, für unsere Partei in den Betrieben, Werkstätten, beim Nachbar und in der Familie zu werben. Jeder erkenne diese Notwendigkeit, und es wird uns möglich sein, bei den Wahlen im Oktober zu den Kreis- und Provinzialparlamenten den Sieg an unsere Fahne zu heften. Gewerkschaftler, die ihr noch außerhalb der Partei steht, treten ein in unsere Reihen und helft auf diese Weise mit am Aufstieg des deutschen Proletariats. Einem in die Partei und an die Arbeit!

Berufsberatung. Die Berufswahl muß an die natürlichen Kräfte der Jugendlichen anknüpfen. Ernsthaftigkeit und reißende

Überlegung läßt einen Beruf finden, der für die Neigungen und Kräfte der jungen Menschen geeignet ist. Es ist Pflicht, den Kindern bei der wichtigen Wahl zur Seite zu stehen. Sie darf nicht hinausgeschoben werden bis zum Tage der Schulenklausur. Die vom Berufsamt in der Schule verteilten Schülerbogen geben die Frage des Berufswunsches an. Die Jugendlichen müssen dabei beraten werden. Das Berufsberatungsamt, welches dem Arzt sowie die Beobachtungen des Arbeitsmarktes geben dem Beratungen in der Hauptsache von folgenden Gesichtspunkten aus: 1. die persönliche Neigung des Kindes, 2. die körperliche Beschaffenheit, 3. die geistigen Fähigkeiten, 4. die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Zusammenarbeit des Berufsamts mit Schule und Berufsberatungsamt wichtige Unterlagen bei den Beratungen. Alle Ratsschlüsse des Berufsamts sind in keiner Weise bindend. Die Eltern und Kinder bleiben ganz frei in ihren Entschlüssen und können auch nach Anhörung nach eigenem Ermessen entscheiden. Kein Vater und keine Mutter, denen das körperliche und geistige Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, und denen daran gelegen ist, die wirtschaftliche Zukunft ihres heranwachsenden Kindes nach Möglichkeit sicherzustellen, sollte deshalb veräumen, vor der endgültigen Beschlußfassung über die Berufswahl sich an das Berufsberatungsamt, Berliner Straße 42, zu wenden.

Altmark.

Stendal. Eine wichtige Versammlung hält der Sozialdemokratische Verein am Donnerstagabend 8 Uhr bei Oeter ab. Genosse Emil Barth (Berlin) wird einen interessanten Vortrag halten. Genossen, Gewerkschaftler und Reichsbannerleute müssen zur Versammlung kommen und die Frauen mitbringen. — Polizeinachrichten. Festgenommen wurde ein Fürfänger, der mehrere Einbrüche ausgeführt haben. Beide tragen große Sportanzüge mit langen Hosen. Der eine ist 1,75 Meter groß, der andere 1,70 Meter; beide haben schwarzes lockiges Haar. — Die Gewerbesteuer für Juli bis September ist bis zum 31. August an die Stadtkassette, Brüderstraße 16, von 8 bis 12 Uhr vormittags zu zahlen. — Unternehmungen, die bisher zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet waren, haben jetzt die erste Vierteljahreszahlung zu leisten. Der Steuergrundbetrag für diese Vorauszahlung beträgt drei Zwanzigstel, der für Mai und Juni gezahlten Reichseinkommen- oder Körperschaftsteuer. — Sunde sind zum Schutze der Anlagen an der Leine zu führen. Darauf macht die Polizeiverwaltung zur Vermeidung von Strafmandaten alle Grundeigentümer aufmerksam.

Stendal. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der Mitgliederversammlung hielt der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse einen Vortrag über „Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?“. Er erwähnte, die Krankenkasse nur in Anspruch zu nehmen, wenn die Notwendigkeit gegeben ist, damit die Kasse nicht geschädigt, sondern eine Entlastung der Versicherten herbeigeführt wird. Die Versammlung beschloß den 5-Pfg.-Beitrag zur Errichtung eines Gewerkschaftsaufes. Um die Wohnverhältnisse der bestehenden Leutung anzupassen, wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Magistrat verhandeln soll. Der Kommission gehören an Walther, Wehler und Wichmann.

Wustrow. Zum Lager der Reaktionsäre, die in unserm Orte jede freiheitliche Bewegung unterdrücken wollen, fand eine Versammlung statt. Die Reichsbannerortgruppe mit Unterstützung der Reichsbannerkameraden aus Lüchow und Salzwedel war Veranstalterin der Feier. Bei dem Fackelzug, der einen großen Eindruck auf die Bevölkerung machte, wurde dem alten Kämpfer, dem Genossen Raese mann, der 88 Jahre der Sozialdemokratischen Partei angehört, eine Ehrung dargebracht. Wegen seines körperlichen Leidens konnte der alte Republikaner am Umzug nicht teilnehmen. Darum zogen die Reichsbannerkameraden vor seine Wohnung und brachten auf ihn ein dreifaches „Frei Heil!“ aus; die Jugend wird dem Alter nachsehen in treuer Pflichterfüllung und die Volkrechte schützen. Dann ging es hinaus zum „Kehil“, wo nach Abingen des Liedes „Lorch Koleson“ Kamerad Clafsen (Lüneburg) die Festansprache hielt. Bei dem Lichte der Fackeln wurde gelobt, für die Republik, für die Weimarer Verfassung und für die Farben Schwarzrotgold einzutreten. Mit dem Gelübnis, sich zu betätigen als Republikaner und den Staat mit sozialem Geiste zu erfüllen, himnte die Versammlung in das Hoch auf die Republik ein. Mit dem Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes wurde die Kundgebung geschlossen. Die Teilnehmer vereinigten sich dann noch mit ihren Angehörigen zu einem gemühtlichen Beisammensein. Es war notwendig, daß in Wustrow den Reaktionsären gezeigt wurde, daß ihre Machtgelüste an der festen Mauer der Republikaner scheitern werden. Trotz der Mabelschichtpolitik der Reaktionsäre, von denen mancher 1918 und 1919 gar nicht revolutionär genug sein konnte, werden die Republikaner unentwegt vorwärts schreiten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kreis Kalbe.

Die Kameraden des 3. Bezirks beteiligen sich am Sonntag an der republikanischen Kundgebung in Wüchtersleben. — Ortsgruppe Staßfurt-Leopoldshall. Bahnfahrt ab Staßfurt 8.49 Uhr vormittags; Radfahrer 11 Uhr ab Luisenplatz. — Ortsgruppe Schönebeck. Beide Abteilungen beteiligen sich am gleichen Tag an der Kundgebung in Alfen. (Dampferfahrt). — Alle übrigen Ortsgruppen des Kreises Kalbe nehmen in voller Stärke an der Kundgebung in Welsleben teil. Der Kreisleiter.

Alfen. Am 30. August republikanischer Tag und Fahnenweihe. Republikaner, auf nach Alfen!

Burg. Versammlung am Donnerstag. Erscheinen aller Kameraden ist notwendig.

Wolmirstedt. Heute (Mittwoch) 8 Uhr Mitgliederversammlung. Wegen des bevorstehenden Kreisfestes muß die Versammlung gut besucht sein.

Beendorf, Schwanefeld, Morsteden. Alle Mitglieder müssen am Freitag an der öffentlichen Versammlung in Beendorf teilnehmen. Referent ist Gauferretär Kamerad Ernst Wille (Magdeburg).

Wefensleben-Belsdorf. Am Freitagabend 8 Uhr bei Papenberg Versammlung. Am Sonntag vormittags 11 Uhr Antreten bei Papenberg zum Abmarsch nach Sommerfelden.

Langermünde. Frauenversammlung am Freitag in der Genossenschaft. Alle Genossinnen müssen daran teilnehmen.

Aus den Gerichtssälen.

Das der Bühne ins Gefängnis.

Ein bewegtes Leben hat die Opernjägerin Elisabeth Gothe hinter sich. Einmal ist sie wegen Diebstahls, das sie am Dienstag vormittag wegen Betrugs in sieben Fällen, Untunterschlagung und Unterschlagung abwärts vor dem Schöffengericht. Als die Angeklagte ohne Stellung war, hat sie sich auf den Namen von Mitgliedern des Magdeburger Stadttheaters von verschiedenen Geschäftsleuten, Obit und Konditoreiwaren erschwandelt. Um in einem Fall ihr Vorgehen glaubwürdiger zu machen, hat sie an einen Geschäftsmann eine Karte geschrieben, die sie mit dem Namen des Schauspielers Bachon unterschrieb. Als die Angeklagte in Stettin ein Engagement erhielt, hat sie den dortigen Direktor sofort im Vorhinein. Dieser ging aber vorsichtigerweise darauf nicht ein und ließ ihr durch einen Schauspielernur die Probekarte nach Stettin überreichen. Trotzdem trat die Angeklagte ihr Engagement nicht an, verkaufte die Probekarte wieder und verbrauchte das Geld für sich. Da die Angeklagte geküßig war, kam sie trotz der Strafen mit acht Monaten Gefängnis davon. Die bürgerlichen Symphonie wurden ihr auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Pacht als Taschendieb.

Aus dem besetzten Gebiet war der Pfälzer Pacht Buchadze nach Magdeburg gekommen. Er war des Soldatenspiels müde, desertierte den Franzosen und ließ sich seitdem in den deutschen Gauen umher. Die Stadt Magdeburg mußte es ihm ergehen lassen. Allerdings waren auch daran wieder die schönen Magdeburger Möbel schuld, von denen sich der Pfälzer eine als Braut Loren hatte. Dagegen wäre gewiß nichts zu sagen. Warum soll ein Pfälzer nicht ein Magdeburger Möbel gern haben können? Aber der Pfälzer hatte zwei Leidenschaften, und zwar: möglichst wenig arbeiten, dafür aber desto mehr stehlen. Als Taschendieb hatte er sich schon erprobt, dabei Glück und Unglück gehabt und war auf 4 Monate in das Magdeburger Gefängnis gekommen. Am 6. Juli war der Pfälzer auf dem Schützenplatz, mischte sich „unterm Volk“ und versuchte zu stehlen. Das gelang ihm abermals. Einen Mann hatte er aus der Pöckelstraße ein Zigarettenetui gestohlen, bei einer Frau versuchte er die Handtasche zu öffnen. Dabei wurde er beobachtet und festgenommen. Nun sah der Sohn Freilas wieder auf der Anklagebank des Amtsgerichts. Mit Hilfe eines Dolmetschers wurde verhandelt. Diesmal schickte das Gericht den Angeklagten acht Monate ins Gefängnis. Dagegen hatte er nichts zu sagen, nur daß er das Gericht, ihn ja nicht auszuweisen; denn Frankreich verfährt mit Fahnenflüchtigen auch nicht gerade sanft. Die Antwort auf diese Bitte blieb das Gericht dem Angeklagten allerdings schuldig.

Weil der Mann nicht da war.

In einem Zigarrengeschäft erschien eines Tages in Abwesenheit des Inhabers der Kaufmann Carl Hasenjäger und rebete der im Laden anwesenden Frau vor, sofort 10 000 Zigaretten verkaufen zu können, wenn er gleich die Verkaufsprüfung erhielt. Damit war die Frau — da der Verkäufer ein Bekannter ihres Mannes war — einverstanden und übergab ihm sofort 5000 Zigaretten und 15 Mark als Provision. Damit war für Hasenjäger die Geschichte erledigt. Er verkaufte die Zigaretten, die einen Wert von 200 Mark hatten, und steckte das erzielte Geld und auch noch die Provision in seine Tasche. Wegen Betrugs stand er vor dem Gericht, der ihm zu 100 Mark Geldstrafe verurteilte. Glück gehabt!

Kein Stehlen ertrappt.

Der „Arbeiter“ Philipp Bauer hat eigentlich mit der Arbeit nicht viel im Sinn. Er legt sich aufs Stehlen, hat dabei aber wenig Glück. Denn in der Zeit, in der er diese „Praxis“ ausübte, ist er oft genug mit den Strafgesetzen und den Gefängnissen in Berührung gekommen. Eines Tages wurde er beobachtet, wie er aus der Tür einer Wohnung kam und dabei durch die Hülle seines Leibes aufsteil. Was man ihn fragte, was er denn in der Wohnung gemacht habe, zog er unter seinem Rock ein Kleid hervor, das er aus einem gewaltig geöffneten Kleiderkasten gestohlen hatte. Die Polizei nahm sich seiner an, brachte ihn ins Gefängnis, in dem er nun nach dem ergangenen Richterspruch abwärts ein Jahr und sechs Monate zubringen soll. Der Staatsanwalt wollte den jetzt Minderjährigen auf 2 Jahre ins Zuchthaus stecken.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Kleider machen Leute. aber ein wohlgepflegtes, üppiges, leuchtendes Haar verleiht der Trägerin einen solchen Liebreiz, daß sie auch im einfachsten Kleid jede noch so kostbar gekleidete Rivalin in den Schatten stellt. Das Haar ist nun einmal der herrlichste Schmuck der Frau, deshalb soll sie ihn auch bestens pflegen. Womit? Natürlich nur mit dem altbekanntesten Kopfwaschmittel „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“. Absolut unschädlich, prächtig schäumend, reinigt es nicht nur gründlich das Haar, sondern gibt ihm auch einen wunderbaren, leuchtenden Glanz und jene lockere Fülle, die das Entzücken jeder Frau und — jedes Herrn ist. Man verlange daher nur dieses Präparat, kurz gesagt „Schwarzkopf-Schaumpon“, und achte auf die Schutzmarke.

Rüftet zum Reichsbannertag in Wüchtersleben!

Sonntag den 30. August 1925.

Der Gauvorstand Magdeburg-Anhalt.

J. U.: Ernst Wille.

